

# Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für  
Umweltpolitik und  
Nachhaltigkeit

[www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

Euro 1,80



## Kreislaufwirtschaft

Mit einem Wirtschaftssystem, das auf Rohstoffentnahme, Neuproduktion und baldigem Wegwerfen beruht, kann die sozial-ökologische Vielfachkrise nicht bewältigt werden. Die Kreislaufwirtschaft hingegen schützt unsere knapper werdenden Ressourcen und könnte zu einer Jobmaschine für grüne und gute Beschäftigung werden.

© Melinda Nagy | Shutterstock

- Hitze am Arbeitsplatz – Arbeitnehmer:innen konsequent schützen **SEITE 22**
- Einsatz biologisch abbaubarer Materialien – Ein Realitätscheck **SEITE 24**
- „Kettensäge stoppen“ – Alternativen zur Deregulierung **SEITE 26**
- Energiearmut – Die versteckte Armutsgefährdung in Österreich **SEITE 30**



[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

# WUM-o-meter

Die WUM-Redaktion misst bei aktuellen Entwicklungen aus Wirtschaft und Umwelt nach.



## LAUES LÜFTCHEN Billiganbieter als Republikerpresse

Ryanair-Chef Michael O'Leary versucht sich als Trump-Imitator. Kanzler und Verkehrsminister titulierte er „Sleepy Stocker“ und „Hopeless Hanke“, als er ihnen ein Ultimatum zum Ende der Flugverkehrsabgabe stellt. Würden die beiden spüren, gäbe es Investitionen, bis

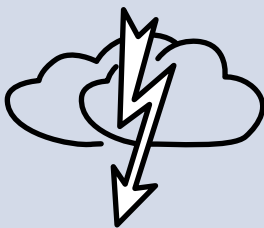
der Flughafen Wien „abgeht wie eine Rakete“. Versprechen so windig wie ein Düsentriebwerk. Pleiten anderer Billiganbieter wie Spirit Airlines oder den Krieg im Nahen Osten ignoriert er, denn O'Leary ist, wie sein Vorbild Trump, kein Freund der Realität. **FJ**



## FALLWINDE Atomare Zukunftstechnologie

Den zynischsten Beitrag zum vierzigsten Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl steuerte der Radiochemiker Georg Steinhäuser bei. Er bezeichnete die Atomkraft, wie sie derzeit betrieben wird, als „unfassbar sicher“ und stellte Photovoltaik als Hochri-

siko-Technologie dar, bei deren Installation „beliebig viele Menschen vom Dach fallen“. Dass es aber weder ein Atommüll-Endlager noch die viel gepriesenen modularen Mini-AKW's im Betrieb gibt, musste auch er eingestehen. **HH**



## GEWITTER Unterschätzte Gefahr

Die sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS schaden Mensch und Umwelt. Sie können im menschlichen Körper die Blut-Hirn-Schranke überwinden, und Studien aus Italien lieferten erste Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen PFAS-Konzentration und Alzhei-

mer. Auch wenn es sicherlich noch weiterer Forschung zu den Gefahren bedarf, hätte das Europäische Parlament nun die Möglichkeit ergreifen sollen, um die PFAS im Zuge des „Chemie-Omnibusses“ in der EU zu verbieten. Diese Chance wurde leider verpasst. **SI**



## DAUERREGEN AKW Dukovany for ever

Die AKW's des 20. Jahrhunderts waren ursprünglich auf eine Laufzeit von circa 30 Jahren ausgelegt. Die 50 Kilometer nördlich der österreichischen Grenze befindlichen Reaktoren im tschechischen Dukovany sollen nun jedoch für 80 Jahre am Netz bleiben. Der

Betrieb dieser veralteten Atommeiler bietet ein doppeltes Geschäft: 1. Der Strom wird in längst abgeschriebenen Anlagen billig erzeugt. 2. Man kann das teure Abwracken (etwa so kostspielig wie der Bau) weiter in die Zukunft verschieben. **HH**



## SCHLEIERWOLKE VfGH hebt Solaranlagen-Verbot auf

Kennen Sie das Lied: „St. Pölten – wie schön sind deine Dachschildeln“? Wäre eine Überraschung, denn den Song gibt es gar nicht. Dachbedeckungen der niederösterreichischen Hauptstadt wurden nie besungen und dennoch sollten sie vor PV-Anlagen ästhetisch geschützt werden. Ein Verfassungsge-

richtsurteil hob diesen Gebäudeschutz nun auf, da Solarpaneele für den Ausbau der Erneuerbaren wichtig sind. Zudem werden sie designtechnisch laufend überarbeitet. Deshalb wird man bald singen: „St. Pölten, wie strahlen deine PV's im Sonnenschein.“ **FJ**

# Inhalt

## Kreislaufwirtschaft schafft Jobs und schützt Ressourcen

Unser bisheriges, lineares Wirtschaftssystem ist den Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Seite 10

## Konsument:innen für die Kreislaufwirtschaft gewinnen

In vielen Bereichen können Verbraucher:innen bereits gut partizipieren, in anderen fehlt noch die nötige Infrastruktur. Seite 13

## Umweltforscher Willi Haas im Interview

Seite 16

## Gute Jobs im grünen Umbau?

Es gilt jetzt im aufkommenden Sektor der Kreislaufwirtschaft gute Arbeitsplätze zu schaffen. Seite 17

## Hitzeschutz am Arbeitsplatz

Die neue Hitzeschutzverordnung sorgt für verpflichtende Präventionsmaßnahmen. Seite 22

## Hoffnungsschimmer und Realitätscheck

Ökologisch sinnvolle, kompostierbare Biomaterialien sind nur schwer zu erkennen. Seite 24

## „Kettensäge stoppen“

Kampagne zeigt auf: Einsparungen sind kein Weg aus der Vielfachkrise. Seite 26

## Energiearmut in Österreich

Eine Studie der Arbeiterkammer beleuchtet die Armutgefährdung in Österreich. Seite 30

## Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	07
Aktuelles Interview	08
Kommunikation	32
Kontroverse	34

### Impressum: Medieninhaber und Herausgeber

Wirtschaft & Umwelt ist ein Organ der Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien

E-Mail [wirtschaft.umwelt@akwien.at](mailto:wirtschaft.umwelt@akwien.at) Telefon 01/501 65 12404

Redaktion Lukas Oberndorfer (Chefredakteur) LO, Frank Jödicke (Koordinierender Redakteur, Chef vom Dienst) FJ, Doris Artner-Severin DA, Judith Fitz JF, Franz Greil FG, Thomas Hader TH, Heinz Högelsberger HH, Max Knapp MK, Astrid Schögl AS, Sabine Stelzenmayr SA, Christoph Streissler CS, Iris Strutzmann SI, Felix WAGENITZ FW, Lisa Weinberger LW

Sekretariat Sabrina Pochop SP, Josephine Grafl JG

Konzeption Jakob Fielhauer, fielhauer.at

Layout & Infografik Julia Stern JS, [design@scheresternpapier.at](mailto:design@scheresternpapier.at)

Druck Gugler Medien GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben

nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder. Offenlegung gemäß Mediengesetz §25: siehe [wien.arbeiterkammer.at/impressum](http://wien.arbeiterkammer.at/impressum)



produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Gugler GmbH, UW-Nr. 609, [www.gugler.at](http://www.gugler.at)



Sicher. Kreislauffähig. Klimafreundlich. GZC Certified SILBER by gugler® druckimprint



klimafreundlich gedruckt

# Die Lösung liegt im Kreis

Wer Ressourcen schonen und gute Beschäftigung ermöglichen will, kommt am Kreislaufwirtschaften nicht mehr vorbei.



Von Lukas Oberndorfer

Die Kreislaufwirtschaft gehört zu den umweltpolitischen Zielen, zu denen sich nahezu alle Akteur:innen in Wirtschaft und Politik bekennen. Ressourcenschonend produzieren, die Reparierbarkeit von Produkten einplanen und erst am Ende eines langen Lebenszyklus möglichst viele Wertstoffe per Recycling zurückgewinnen – dies scheinen höchst sinnvolle und eigentlich selbstverständliche Maßnahmen zu sein.

Und dennoch lässt die konsequente und umfassende Umsetzung der Kreislaufwirtschaft noch immer auf sich warten. Im Alltag stehen Konsument:innen vor Hürden, weil die entsprechende Infrastruktur für Reparatur und Wiederverwendung fehlt. Weite Teile der Industrie betreiben zudem noch immer ein lineares Wirtschaften, bei dem gigantische Mengen an Energie und Rohstoffen allzu bald auf der Halde landen.

Diese Vergeudung können wir uns als Gesellschaft nicht mehr leisten. Wir sollten endlich das große Potenzial einer Kreislaufwirtschaft erkennen und sie konsequent umsetzen. So können wir zukünftig nicht nur effizient wertvolle Ressourcen schonen, sondern zugleich auch gute und sinnvolle „grüne“ Beschäftigung ermöglichen – von der Reparaturdienstleistung über den Refurbish-Handel bis hin zum Batterierecycling.

Lukas Oberndorfer

Chefredakteur der Wirtschaft & Umwelt und Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr in der AK Wien

# Hände weg von der Wasserrahmenrichtlinie



© Katerina Hlznitzova | Unsplash

**Naturschutz** Die EU will die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Rahmen von RESourceEU überarbeiten, um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu sichern und die Kreislaufwirtschaft zu stärken. Doch während neue Projekte zur Rohstoffgewinnung erleichtert werden sollen, bleibt eine Frage zentral: Wie viel Spielraum verträgt der Wasserschutz? Die WRRL bildet seit Jahren das Rückgrat des europäischen Gewässerschutzes – einen Schutzschild, der angesichts der Klimakrise wichtiger ist denn je. Die AK unterstützt ausdrücklich die Ziele der Richtlinie: Verschlechterungen verhindern, Ökosysteme schützen und eine nachhaltige Nutzung sichern. Gleichzeitig warnt die AK vor Fehlent-

wicklungen: Erstens darf der Ausbau der europäischen Rohstoffsicherheit nicht zu Lasten von Wasserqualität und Umwelt gehen. Zweitens dürfen die Schutzziele der WRRL nicht abgeschwächt werden, denn sie sind Voraussetzung für eine sichere und leistbare Trinkwasserversorgung. Drittens muss hochwertiges, erschwingliches Trinkwasser als öffentliches Gut für alle garantiert bleiben – gerade in Zeiten der Klimakrise. **SI**

## Lichtverschmutzung

**Ökologie** Eine neue Studie im Fachjournal „Nature“ analysiert erstmals hochaufgelöste Satellitendaten zur globalen Entwicklung der Lichtverschmutzung zwischen 2014 und 2022. Die Ergebnisse zeigen einen weltweiten Anstieg der nächtlichen Helligkeit um rund 16 Prozent, jedoch mit deutlichen regionalen Unterschieden. Während viele Regionen wie Afrika und Asien stark zulegten, wurde in Europa ein leichter Rückgang von vier Prozent beobachtet. Die Forschenden führen dies unter anderem auf politische Maßnahmen zur Senkung der Lichtverschmutzung und Steigerung der Energieeffizienz zurück. Die Studie macht deutlich, dass sich Lichtverschmutzung dynamisch entwickelt und stark von regionalen Rahmenbedingungen abhängt – mit weitreichenden Folgen für Ökosysteme, Biodiversität und den natürlichen Tag-Nacht-Rhythmus vieler Lebewesen. **LW**

**Die Kreislaufwirtschaft hat ein enormes Potenzial, um unsere Gesellschaft nachhaltiger und gerechter zu machen. Deshalb muss sie gesetzlich verankert werden.**

**AK Präsidentin  
Renate Anderl**

© Sebastian Philipp | BAK

## Doch kein Betriebsrat für Tesla?

**Gewerkschaften** Bei den Betriebsratswahlen in Deutschland musste die IG Metall ausgerechnet beim symbolträchtigen Tesla-Werk in Grünheide (Brandenburg) eine Niederlage einstecken. Mit über 11.000 Beschäftigten ist die „Gigafactory“ der einzige Produktionsstandort von Tesla in der EU. Seit der Eröffnung machte Tesla durch autoritäres Management und die Bekämpfung gewerkschaftlichen Engagements negative Schlagzeilen. Allen Widrigkeiten zum Trotz konnte die IG Metall im Jahr 2024 einen Betriebsrat gründen und erhielt aus dem Stand 40 Prozent der Stimmen. Bei den Wahlen in diesem Frühjahr war das Ziel klar: die Mehrheit und damit den Vorsitz zu gewinnen. Doch Drohungen von Management und von Elon Musk persönlich sowie eine antigewerkschaftliche Kampagne führten zur Niederlage – erneut errang die unternehmensnahe Liste die Mehrheit. Da der Verdacht unzulässiger Wahlbeeinflussung im Raum steht, ficht die IG Metall die Wahl nun an. Ein Gericht entscheidet jetzt, ob neu gewählt werden muss. **MK**



© Nicolas Mahler

## Erfolgreich kriminalisiert?

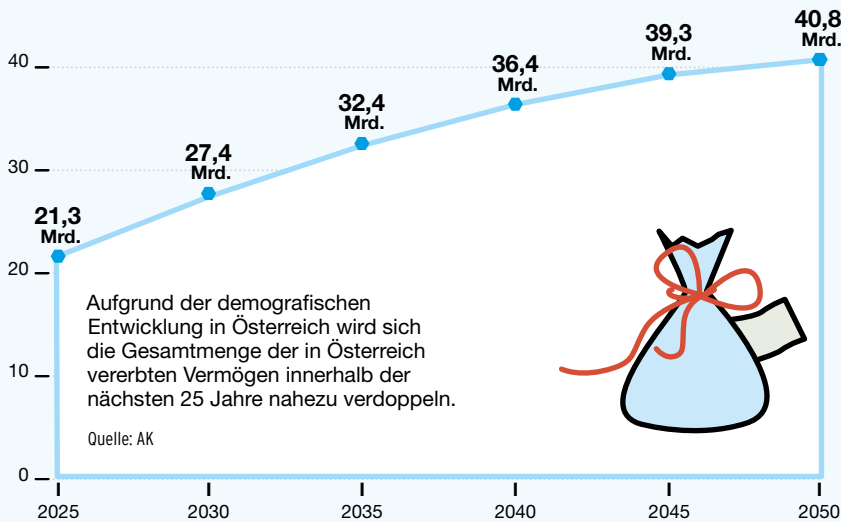
**Aktivismus** Wer sich in den vergangenen Wochen und Monaten gewundert hat, wohin die Klimabewegung verschwunden ist, muss nur einen Blick in die Gerichtssäle Österreichs und Europas werfen. Hierzulande werden vor allem Aktivist:innen der „Letzten Generation“ einer Vielzahl von Straftaten beschuldigt. Unter anderem geht es um schwere Sachbeschädigung und Beihilfe bei Protestaktionen wie der Autobahnblockade der A2 im Jahr 2023. Der Prozess stellt einen Höhepunkt in der strafrechtlichen Verfolgung von Menschen aus der Klimabewegung dar. Dabei kam es in den letzten Jahren be-

reits zu zahlreichen Verurteilungen und Anordnungen, darunter teils umstrittene Maßnahmen wie ein Aufenthaltsverbot für eine Aktivistin mit deutscher Staatsbürgerschaft. Vor allem wurden hohe Geldstrafen verhängt, die einige der meist noch jungen Menschen in Form von Ersatzfreiheitsstrafen sogar ins Gefängnis führten, da sie die Summen nicht zahlen konnten oder wollten.

Paul Kessler, einer der beteiligten Strafverteidiger, kommentierte den Prozess zu Beginn wie folgt: „Den Aufwand, um die Personen hier anzuklagen, wünscht man sich auch, um jene zur Rechen-

schaft zu ziehen, die trotz jahrzehntelanger Warnungen untätig bleiben. Protest ist ein demokratisches Grundrecht – wer das kriminalisiert, hat kein Problem mit Klimaaktivist:innen, sondern mit der Demokratie.“ Das Amtsgericht Flensburg in Deutschland hat unterdessen auf 40 Seiten ausführlich begründet, warum die Letzte Generation im dortigen Fall ausdrücklich nicht als „kriminelle Vereinigung“ einzustufen ist. Ein kleiner Erfolg für die Klimabewegung inmitten einer internationalen Welle von Strafverfahren, der über den Einzelfall hinaus vielleicht Signalwirkung erzeugen könnte. **FW**

### Entwicklung des geschätzten Erbvermögens in Österreich bis zum Jahr 2050 in Milliarden Euro



## Vererbte Ungleichheit in Österreich

**Gerechtigkeit** Das Leben fühlt sich manchmal wie eine Lotterie an: Einige wenige haben Glück und erben Millionen, während viele andere gar nichts oder sogar Schulden erben. Österreich ist eines der wenigen Länder in Europa, die dieser Geburtslotterie keine Schranken setzen und Familiendynastien riesige steuerfreie Erbschaften ermöglichen. Gerade in Zeiten knapper Budgets wäre ein Steuerbeitrag von Millionenerben deshalb besonders geboten.

Österreich hat heute die höchste Vermögensungleichheit in Europa und zugleich fast die niedrigste Besteuerung von Vermögen. Eine Steuer auf hohe Erbschaften, wie sie von vielen Organisationen und Expert:innen in Österreich vorgeschlagen wird, würde diese Ungerechtigkeit zumindest mildern. Eine solche Steuer würde nur das reichste eine Prozent der Erb:innen treffen, denn in den derzeit diskutierten Erbschaftssteuer-Vorschlägen ist ein Freibetrag von einer Million Euro vorgesehen (pro Person wohl-

gemerkt, nicht pro Erbschaft!). Durch den hohen Freibetrag und zusätzliche Ausnahmen für Betriebsübergaben müsste sich niemand um das geerbte Eigenheim oder den Familienbetrieb sorgen. Im Gegenteil: Die Steuereinnahmen könnten etwa ins Pflegesystem fließen, das allen zugutekommt.

Die Erbschaftssteuer ist ein wichtiges Instrument, um den Sozialstaat und den ökologischen Umbau und damit eine solidarische und gerechte Gesellschaft finanzieren zu können. Die immense Vermögenskonzentration, die sich in den nächsten Jahren wohl noch verstärken wird, wird zunehmend zur Zerreißprobe für die Gesellschaft. Ein Lösungsansatz ist simpel: Menschen mit großem Reichtum müssten von ihrem ererbten „Glück“ nur etwas abgeben. **FJ**

**Die Erbschaftssteuer ist ein wichtiges Instrument, um eine gerechte Gesellschaft finanzieren zu können.**



© Corinna | Unsplash

## Finanzierungslücke bei Biodiversität schließen

**Bundshaushalt** Eine neue Analyse des WWF zeigt eine deutliche Finanzierungslücke im österreichischen Naturschutz. Während jährlich rund 1,34 Milliarden Euro notwendig wären, stehen derzeit nur etwa 397 Millionen Euro zur Verfügung. Damit fehlen laut der Naturschutzorganisation rund 942 Millionen Euro pro Jahr. Die Unterfinanzierung könnte die ökologische Krise verschärfen und langfristig die öffentlichen Kosten erhöhen, etwa durch Extremwetterereignisse oder wirtschaftliche Schäden infolge degradierter Ökosysteme. Die Analyse erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem Österreich den Doppelhaushalt 2027/28 vorbereitet und auf EU-Ebene die Verhandlungen über das EU-Budget 2028–2034 laufen. In beiden Prozessen entscheidet sich, ob die strukturelle Unterfinanzierung der Biodiversität behoben wird oder weitere Jahre bestehen bleibt. Derzeit sind im EU-Haushalt zehn Prozent für Biodiversität reserviert. Künftig soll diese Bindung jedoch fallen. Anstatt zentrale Schutzfunktionen intakter Ökosysteme zu schwächen, sollten wir diese mit ausreichenden Geldmitteln stärken – vom Hochwasserschutz über Wasserspeicherung bis hin zur Bestäubung und Kohlenstoffbindung. **SI**



Studie  
downloaden

[https://www.global2000.at/sites/global/files/Kreislaufwirtschaftsgesetz\\_Entwurf\\_BF\\_Letzversion.pdf](https://www.global2000.at/sites/global/files/Kreislaufwirtschaftsgesetz_Entwurf_BF_Letzversion.pdf)



„Österreich braucht einen Plan, denn wenn das Konto zu lange und zu tief überzogen ist, ist der Preis - eine kaputte Erde - einfach zu hoch.“

## Ressourcen neu denken

**Kreislaufwirtschaft** Wenn alle Menschen so viele Ressourcen verbrauchen würden wie die Österreicher:innen, dann benötigte die Menschheit vier Planeten. Ohne viel Kopfrechnen ist klar: Das wird sich nicht ausgeben! Deshalb müssen wir umdenken und den Wandel von einem linearen Wirtschaften des einmaligen Verbrauchs hin zu einem Kreislauf der zurückhaltenden, möglichst langen und wiederholten Nutzung der Ressourcen dieser Welt schaffen. Österreich hat dafür die besten Voraussetzungen und ist in vielen Bereichen Pionier der Kreislaufwirtschaft, etwa bei lokalen Reparaturnetzwerken oder auch in der Industrie. Nur, entscheidend wird sein, diesen Bestrebungen einen festen rechtlichen Rahmen zu geben, damit Ziele und Fristen verbindlich festgelegt sind. Global 2000 hat gemeinsam mit der AK Wien und dem ÖKOBÜRO ein Rechtsgutachten für ein österreichisches Kreislaufwirtschaftsgesetz erarbeitet, das die Transformation der heimischen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 absichert. (Weitere Informationen hierzu in unserem Schwerpunkt ab Seite 10.) **FJ**



Kommentar

## Fossile Energiekrise: Aus der Vergangenheit nichts gelernt



Von Heinz Högelsberger

Die Erdölkrise von 1973 gehört zu meinen prägendsten Kindheitserlebnissen. Treibstoff wurde knapp und teuer. Als Gegenmaßnahme verfügte die Regierung autofreie Tage und die sogenannten Energieferien. Was war passiert? Als Reaktion auf die Unterstützung Israels durch den Westen reduzierten die arabischen Ölstaaten die Förderung um fünf Prozent. Die Folgen waren dramatisch. Nun wiederholt sich dieses Szenario. Durch die wechselseitige Sperre der Straße von Hormus ist das weltweite Ölangebot schlagartig gleich um 20 Prozent gesunken. Während im Jahr 1973 der Anteil des Erdöls an Österreichs Energieverbrauch bei 58 Prozent lag, ist er inzwischen auf rund ein Drittel gesunken.

**Heute wiederholt sich das Szenario aus den 1970er Jahren.**

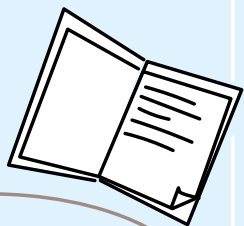
Sind wir auf dem richtigen Weg? Nein! Denn bedingt durch die langjährige Steigerung des Energiebedarfs verbrennen wir jetzt genauso viel Erdöl wie damals. Dabei hätten wir ausreichend Zeit für den Umstieg auf erneuerbare Energien gehabt. Doch zur Freude und zum Nutzen der Erdölmultis geht der Photovoltaik-Ausbau nur zögerlich voran. Windräder gelten vielerorts als Teufelszeug, Geothermie scheitert oft an rechtlichen Hürden und die Mobilitätswende kommt nicht so recht vom Fleck. Dabei gingen hier Klimaschutz und Versorgungssicherheit Hand in Hand.

**Heinz Högelsberger**

ist in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr für den öffentlichen Verkehr zuständig.

## Wirtschaft & Umwelt

Ihre WUM  
im Abo



Wirtschaft & Umwelt  
kostenlos abonnieren  
und vierteljährlich  
Informationen  
zu Umwelt, Mobilität  
und dem sozialen &  
ökologischen Umbau  
unserer Wirtschaft  
erhalten!



Frühere Themenhefte  
können jederzeit nachbestellt  
werden.

[wirtschaft.umwelt@akwien.at](mailto:wirtschaft.umwelt@akwien.at)

# „Die großen Zukunftsfragen sind nur demokratisch zu lösen“

Jürgen Czernohorsky, Wiens Stadtrat für Klimaschutz,  
Umwelt und Demokratie, zu aktuellen Fragen seiner Ressorts.

### Die aktuelle weltpolitische Lage zeigt die immer noch hohe Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Haben wir die Energiewende verschlafen?

Nein, ganz im Gegenteil. Die Energiewende ist in Wien in vollem Gange. Das ist auch gut so, weil sie enorm wichtig für unsere Lebensqualität ist. Die Stadt ist voller Beispiele dafür. In der Großen Neugasse im 2. Bezirk hat mir ein Bewohner vor ein paar Monaten seine Wohnung gezeigt. Seit Umstellung auf Wärmepumpen seien die Heizkosten um 25 Prozent gesunken und er könne seine Wohnung im Sommer klimafreundlich kühlen. Wir sehen den positiven Effekt der Energiewende auf unser Leben schon jetzt live. Deshalb halten wir am Gasausstieg fest und wollen schrittweise Klimaneutralität erreichen. Am Ende profitieren alle, weil wir uns dem schlechten Schauspiel am internationalen Energiemarkt nicht mehr aussetzen müssen.

### Zehntausende Gasthermen müssen dann in Wien weg. Lassen die sich durch Geothermie ersetzen?

Erdwärme ist eine der wichtigsten Technologien für klimafreundliches Heizen und Kühlen und wir kommen beim Ausbau sehr gut voran. Es gibt in Wien bereits mehrere Häuser, die Energie aus Erdwärme ziehen, wie ein Sozialbau in der Barawitzkagasse im 19. Bezirk. Dort sind Gasthermen Geschichte, dank einer Kombination aus Wärmepumpe und Sonnenstrom. Wien fördert Geothermie stark, bis 2030 sollen rund 200.000 Haushalte damit beheizt und gekühlt werden können. Auch beim Sonnenstrom brechen wir Rekorde: Schon jetzt produzieren wir in Wien so viel davon, dass rund 100.000 Haushalte mit sauberem Strom versorgt werden können.

„Wir sehen den positiven  
Effekt der Energiewende auf  
unser Leben schon jetzt live.“

„Ich bin überzeugt:  
Die Jugendlichen sind nicht  
gegen die Demokratie.  
Aber sie sind enttäuscht  
davon, wie sie sich anfühlt.“



© Perframer

So produzieren wir Energie im eigenen Land und sorgen damit für stabilere Energiepreise.

**Sind der Stadt bei ihren klimapolitischen Ambitionen durch Bundeskompetenzen die Hände gebunden?**

Allerdings. In Wien tun wir, was geht, dennoch brauchen wir auch Unterstützung vom Bund, wo – auch dank SPÖ-Beteiligung – sehr viel erreicht worden ist. Ich möchte hier einmal mehr auf die Notwendigkeit eines Bundes-Klimaschutzgesetzes mit fixem Ausstiegsdatum aus fossilem Gas hinweisen und dass es eben auch Änderungen wesentlicher Gesetzestexte braucht (Gaswirtschaftsgesetz, Mietrechtsgesetz) in Kombination mit einer breiten Förderunterstützung.

**Im letzten Jahr war Wien „Europäische Demokratiehauptstadt“. Aktuelle Studien zeigen leider, dass eine Mehrheit der Jugendlichen nicht mehr an ein Funktionieren demokratischer Institutionen glaubt. Wie holt man die zurück?**

Ich bin überzeugt: Die Jugendlichen sind nicht gegen die Demokratie. Aber sie sind enttäuscht davon, wie sie sich anfühlt: langsam, fern, ohnmächtig gegenüber großen Krisen. Jugendliche haben ein Sensorium dafür, dass wir in einer Zeit des Umbruchs leben. Kriege, Klimakrise, Teuerung, digitale Oligarchie und eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich

prägen ihren Erfahrungshorizont. Die Politik muss deshalb Handlungsfähigkeit beweisen und vermitteln, dass die großen Zukunftsfragen nur demokratisch zu lösen sind. Das schließt aber mit ein, dass die Jugendlichen auch mitbestimmen können. Leider dürfen in Wien mehr als 40 Prozent der 16- bis 24-Jährigen nicht wählen, weil sie nicht die österreichische Staatsbürger:innenschaft haben. Daher poche ich seit vielen Jahren darauf, den Zugang zur Staatsbürger:innenschaft zu erleichtern. Damit das Vertrauen in die Demokratie wieder steigt, ist die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zentral. Wir in Wien gehen daher den Weg, die Stadtentwicklung partizipativ zu gestalten. Angefangen beim Wiener Klimateam über die Lokale Agenda 21 Wien haben wir in den vergangenen Jahren die Angebote zur niederschweligen Beteiligung im Grätzl stark ausgebaut.

**Das Jahr 2025 wurde auch zum „Jahr der Kreislaufwirtschaft“ in Wien ernannt.**

**Wie läuft die in Wien und was würde sich die Stadt hier von Bund und EU wünschen?**

Wir sind in Wien in vielen Dingen schon Vorreiter: Wir setzen auf die Wieder- und Weiterverwendung von Produkten, die Reduktion von Abfall und haben uns als Stadt strikte Vorgaben in der öffentlichen Beschaffung gegeben. Mit unserer neuen Strategie „Zirkuläres Wien: Eine runde Sache“ haben wir 33 Hebel identifiziert, die jede Form von Verschwendung vermeiden sollen. Das beginnt mit nachhaltigem Konsum, einer Reparaturkultur und reicht bis zur Wiederverwendung gebrauchter Güter oder dem schonenden Umgang mit Bodenressourcen. In der EU wäre es wichtig, ein Deponierungsverbot umzusetzen, also Rohstoffe nicht zu vergraben, sondern stofflich und energetisch zu nutzen und damit das Klima doppelt zu schützen. Die Stadt Wien bringt sich bei der Entwicklung des EU Circular Economy Act ein, weil es für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft einen größeren Markt mit einheitlichen Standards braucht. Auf Bundesebene sollte im Sinne der Kreislaufwirtschaft geregelt werden, was zukünftig als Abfall gilt und was nicht, um die Kreislaufführung von Materialien und Produkten zu erleichtern. **FJ**

# Warum Kreislaufwirtschaft Jobs schafft und Ressourcen schützt

Abhängigkeit von Rohstoffen, fragile Lieferketten, steigender Druck auf Umwelt und Wirtschaft: Unser lineares Wirtschaftsmodell stößt an seine Grenzen. Die Kreislaufwirtschaft verspricht eine Alternative – sofern der Umbau entschlossen und gerecht gestaltet wird. Von JUDITH FITZ und LISA WEINBERGER



**Judith Fitz**  
arbeitet in der Abteilung  
Klima, Umwelt und  
Verkehr der AK Wien zu  
den Themen Umweltrecht  
und Kreislaufwirtschaft.

© privat



**Lisa Weinberger**  
arbeitet in der Abteilung  
Klima, Umwelt und  
Verkehr der AK Wien zu  
den Themen Kreislauf-  
wirtschaft, Verkehrsrecht  
und Gerechtigkeit auf der  
Straße.

© Lisi Specht

**D**er globale Wettbewerb um knappe Rohstoffe verschärft sich zunehmend. Europas starke Importabhängigkeit, etwa bei seltenen Erden oder Lithium, macht die Wirtschaft anfällig für Preisschwankungen, geopolitische Spannungen und Unterbrechungen von Lieferketten. Die EU rechnet damit, dass sich die Nachfrage nach seltenen Erden bis 2030 versechsfachen wird. Beim Lithium wird sogar ein Anstieg um das Zwölffache bis 2030 und um das Zwanzigfache bis 2050 erwartet. Die Frage der Versorgungssicherheit ist damit zu einer zentralen wirtschafts- und industriepolitischen Herausforderung geworden.

Gleichzeitig überschreitet unser gegenwärtiges Wirtschaftsmodell längst die ökologischen Grenzen. So hat sich in den letzten 50 Jahren der globale Ressourcenverbrauch verdreifacht und übersteigt bereits heute sieben von neun planetaren Grenzen. Die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen ist für über 55 Prozent der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen, für 40 Prozent der gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Feinstaub und für über 90 Prozent des Biodiversitätsverlusts und Wasserstresses verantwortlich.

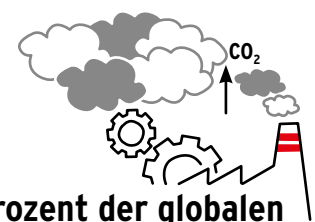
## Kreislaufwirtschaft als systemischer Wandel

Vor dem Hintergrund des übersteigerten Ressourcenverbrauchs und dessen schädlicher Auswirkung auf Mensch und Natur rückt die Kreislaufwirtschaft zunehmend ins Zentrum wirtschafts- und umweltpolitischer Strategien. Auf europäischer wie nationaler Ebene wird sie als zentraler Ansatz verstanden, um Versorgungssicherheit zu stärken, Abhängigkeiten von Primärrohstoffen zu reduzieren und gleichzeitig ökologi-

sche Belastungen zu verringern. Entsprechende Zielsetzungen und Maßnahmen finden sich etwa sowohl im EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (2020) als auch in der österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie (2022) und der Wiener Kreislaufwirtschaftsstrategie (2025).

Der Begriff „Kreislaufwirtschaft“ wird dabei unterschiedlich definiert, im Kern geht es jedoch darum, das lineare Wirtschaftsmodell – produzieren, nutzen, wegwerfen – zu überwinden und Ressourcen möglichst lange im Umlauf zu halten. Dadurch wird nicht nur der hohe Ressourcenverbrauch am Beginn der Wertschöpfungskette reduziert, sondern auch die enormen Umweltbelastungen, die durch die großen Abfallmengen am Ende der Wertschöpfungskette entstehen.

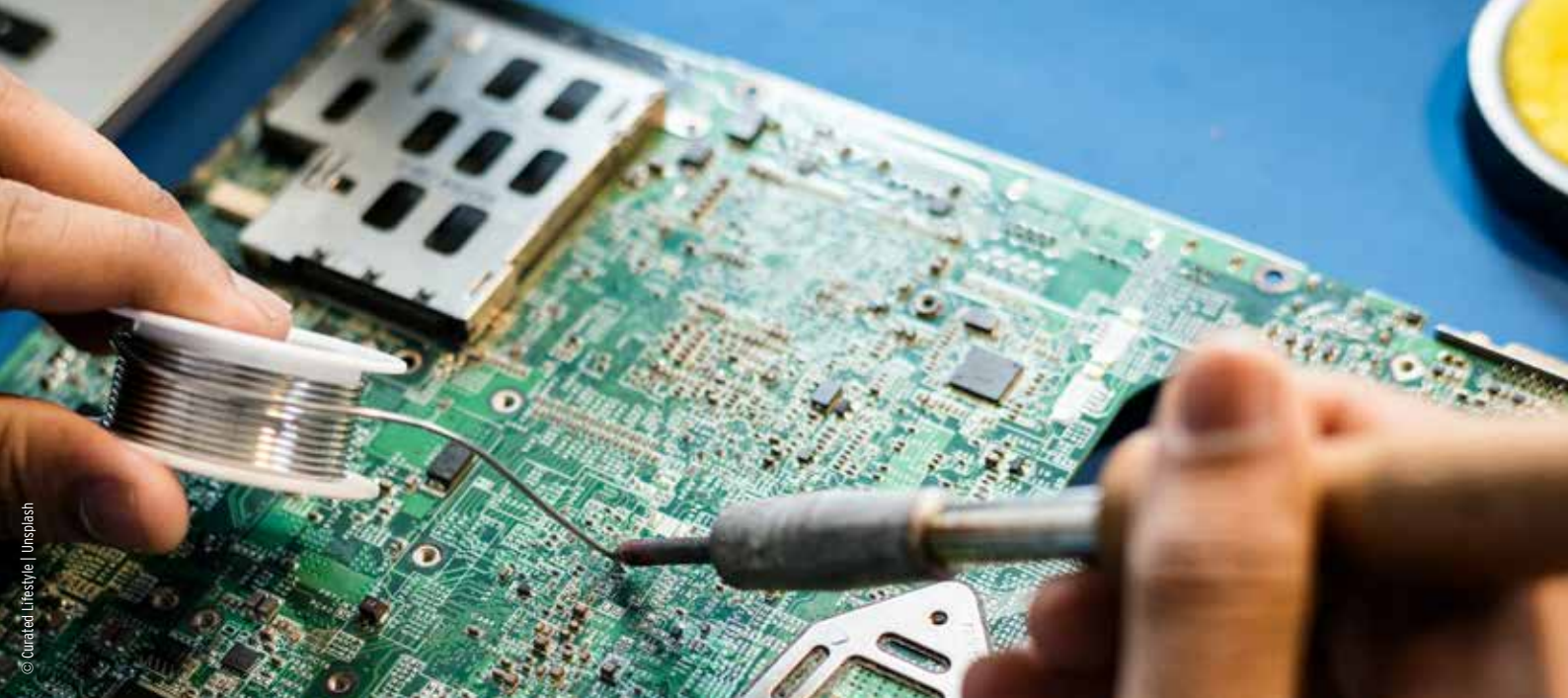
Die Maßnahmen lassen sich in drei Bereiche gliedern: Erstens sollten die Ressourcen sparsam eingesetzt, zweitens möglichst lange genutzt und drittens am Ende wiederverwertet werden. Zur Übersicht der einzelnen Maßnahmen wurden die „zehn Rs“ entwickelt (siehe Seite 14). Auf sie angewendet bedeutet Bereich eins die Reduktion des Ressourceneinsatzes mittels Refuse, Rethink, Reduce, Bereich zwei die Verlangsamung des



**55 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen**

gehen auf die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen zurück.

**Kreislaufwirtschaft ist kein Recyclingkonzept, sondern ein grundlegender Umbau unserer Wirtschaftsweise.**



© Curated Lifestyle | Unsplash

Ressourcendurchsatzes mittels Reuse, Repair, Refurbish und Bereich drei die Schließung von Stoffkreisläufen mittels Recycle, Recover. Diese Maßnahmen stehen in einem klaren Hierarchieverhältnis: Vermeidung und Wiederverwendung sind besser als Recycling.

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft ist somit nicht auf bestimmte Materialien oder Sektoren beschränkt. Vielmehr stellt er einen systemischen Wandel unserer gesamten Produktions- und Lebensweise dar. Ein rein technokratisches Verständnis der Kreislaufwirtschaft, das sich vor allem auf unternehmerische Prozessoptimierung und Recycling am Ende des Produktlebenszyklus konzentriert, schafft hingegen keine Abhilfe.

### Unrealistische Ziele

Die Vorstellung eines durch Recycling zu erreichenden perfekten Kreislaufs ist in der Realität nicht umsetzbar. Dies beginnt schon bei der Sammlung von Abfällen: Für einen vollständigen Kreislauf wäre eine lückenlose Erfassung nötig, die in der Praxis nicht zu erreichen ist. Auch das Recycling selbst ist durch unvermeidbare Materialverluste (Abrieb oder Rost) sowie chemische und physikalische Gesetze begrenzt. So lassen sich komplexe, eng verbundene Mehrstoffgemische etwa aus Elektrogeräten nicht mit vertretbarem Aufwand in alle Einzelteile trennen. Hinzu kommt, dass auch sinnvolle und gut durchführbare Recyclingprozesse selbst wiederum Ressourcen benötigen, die mit Umweltbelastungen einhergehen.

Schließlich lässt sich das Problem des Ressourcenverbrauchs auch nicht durch bestmögliche

Recyclingprozesse lösen, solange die Stoffströme, die kontinuierlich in den Kreislauf eingespeist werden, weiter steigen. Deshalb sind relative Recyclingquoten allein weder ein Gradmesser für den Erfolg auf dem Weg hin zu einer Kreislaufwirtschaft noch ein ausreichendes Instrument, um den Ressourcenverbrauch langfristig zu reduzieren. Dies kann nur gelingen, indem absolute Reduktionsziele festgelegt werden.

### Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung

Die Kreislaufwirtschaft setzt genau an den strukturellen Schwächen des linearen Systems an. Indem Materialien länger genutzt und wiederverwendet werden, sinkt der Bedarf an Primärrohstoffen. Das stärkt die Versorgungssicherheit, stabilisiert Lieferketten und verlagert Wertschöpfung näher an den Ort der Nutzung.

Auch wirtschaftlich eröffnet sie neue Perspektiven. In Österreich wächst die Kreislaufwirtschaft bereits stärker als die Gesamtwirtschaft und trägt mit rund 4,1 Milliarden Euro mehr zur Bruttowertschöpfung bei als die Stahlindustrie. Allein in der Abfall- und Ressourcenwirtschaft sind über 30.000 Menschen beschäftigt. EU-weit könnten bis 2030 rund 700.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen und das BIP um knapp 0,5 Prozent steigen. Diese positiven Beschäftigungseffekte ergeben sich unter anderem daraus, dass Tätigkeiten wie Reparatur, Wiederverwendung und Recycling deutlich arbeitsintensiver sind als lineare Produktionsweisen. Neue Jobs entstehen etwa in Reparaturwerkstätten, im Refurbishment von Elektronik oder bei der Aufbereitung von Baumaterialien. ▷

### Kurzgefasst

Eine echte Kreislaufwirtschaft ist weit mehr als Recycling: Ihr Ziel ist ein grundlegender Umbau von Produktion und Konsum. Angesichts wachsender Rohstoffknappheit, geopolitischer Risiken und ökologischer Krisen wird sie zur wirtschaftlichen Notwendigkeit. Richtig gestaltet, kann sie Versorgungssicherheit erhöhen, Wertschöpfung regionalisieren und gute Arbeitsplätze schaffen.



Gleichzeitig werden in rohstoffintensiven Branchen wie dem Bergbau, der Chemikalien- oder der Metallverarbeitung deutliche Verschiebungen stattfinden. Die Primärrohstoffgewinnung könnte bald an Bedeutung verlieren, während zugleich entlang zirkulärer Wertschöpfungsketten neue Tätigkeiten entstehen – von der Demontage komplexer Produkte über die Sortierung und Aufbereitung von Materialien bis hin zum Design kreislauffähiger Produkte. Die zahlreichen neu entstehenden Beschäftigungen in der Dienstleistung sind jedoch oft schlechter abgesichert als Tätigkeiten in Industrie oder Bergbau. Zudem können plattformbasierte Modelle zusätzliche prekäre Beschäftigungsformen fördern. Entscheidend ist daher, dass der Ausbau zirkulärer Geschäftsmodelle mit klaren arbeits- und sozialpolitischen Standards einhergeht.

### Politische Gestaltung des Umbaus

Damit die Kreislaufwirtschaft ihr Potenzial entfalten kann, braucht es mehr als einzelne Fördermaßnahmen. Sie erfordert einen strukturellen Umbau der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das bestehende System ist weiterhin stark linear ausgerichtet und begünstigt den Verbrauch neuer Ressourcen gegenüber ihrer Wiederverwendung. Genau hier muss die Politik ansetzen.

Zentral ist daher ein verbindlicher rechtlicher Rahmen, etwa in Form eines nationalen Kreislaufwirtschaftsgesetzes mit klaren Reduktions- und Ressourcenzielen, eindeutigen Verantwortlichkeiten und konkreten Umsetzungsfristen. Ein solcher

Rahmen gibt Planungssicherheit. Gemeinsam mit Global 2000 und dem ÖKOBÜRO hat die AK bereits einen Vorschlag für ein solches Gesetz vorgelegt (siehe Seite 7).

**Der ökologische Umbau kann nur gelingen, wenn er gute Arbeit schafft und soziale Sicherheit gewährleistet.**

Aufbauend darauf ist eine aktive Industriepolitik notwendig, die diesen Umbau gezielt gestaltet. Die Kreislaufwirtschaft verschiebt Wertschöpfung und Beschäftigung zwischen den Sektoren: Während

rohstoffintensive Branchen unter Anpassungsdruck geraten, entstehen neue Beschäftigungsmöglichkeiten in Reparatur, Wiederverwendung und Recycling. Diese Verschiebungen müssen politisch begleitet werden, insbesondere durch eine gezielte Qualifizierungs-, Aus- und Weiterbildungsstrategie, um gute Arbeit im Strukturwandel zu sichern. Nur wenn der wirtschaftliche Umbau zur Kreislaufwirtschaft zu mehr Gerechtigkeit und Verbesserungen für die Vielen führt, kann er die notwendige Akzeptanz finden.

### Märkte für Kreislaufwirtschaft schaffen

Damit diese neuen Geschäftsmodelle überhaupt entstehen können, müssen auch die Marktbedingungen verändert werden. Derzeit sind Primärrohstoffe häufig günstiger als Sekundärmaterialien, da die ökologischen Kosten nicht eingepreist sind. Eine stärkere Einbeziehung dieser Kosten sowie der Abbau umweltschädlicher Subventionen sind daher zentrale Voraussetzungen, um zirkuläre Geschäftsmodelle wettbewerbsfähig zu machen.

Gleichzeitig erfordert der Umbau erhebliche Investitionen. Laut einer Studie der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank sind in der EU bis 2040 zusätzliche Investitionen in Höhe von mehr als einer Billion Euro notwendig. Es gilt daher einerseits, öffentliche Investitionen in die Kreislaufwirtschaft zu erhöhen. Andererseits braucht es gesetzliche Rahmenbedingungen, um zirkuläre Geschäftsmodelle zu stärken und so private Investitionen in die Kreislaufwirtschaft zu steigern.

Ebenso wichtig ist der Aufbau der physischen und digitalen Infrastruktur, die eine Kreislaufwirtschaft praktisch erst ermöglicht. Dazu zählen neben funktionierenden Systemen für Reparatur, Wiederverwendung und gemeinschaftliche Nutzung auch digitale Instrumente für die Nachverfolgung von Materialien und den Handel von Sekundärrohstoffen.

Die Kreislaufwirtschaft ist schließlich eine gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe. Sie erfordert die Zusammenarbeit von Politik, Unternehmen und Beschäftigten. Gerade Arbeitnehmer:innen verfügen über entscheidendes Erfahrungswissen über Produkte und Prozesse. Ihre Einbindung sowie starke Mitbestimmung sind daher zentrale Voraussetzungen für eine sozial gerechte und wirtschaftlich tragfähige Kreislaufwirtschaft. □

# Konsument:innen für die Kreislaufwirtschaft gewinnen

Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie verweist mit ihren „10 R-Zielen“ auf die wichtige Rolle der Konsument:innen. Doch in welchen Bereichen können Verbraucher:innen bereits gut partizipieren und wo fehlt noch die nötige Infrastruktur? Von NINA BIRKNER-TRÖGER und ALEXANDRA SCHMID



**Nina Birkner-Tröger** ist Konsumsoziologin und Referentin in der Abteilung Konsument:innenpolitik der AK Wien.

© Lisi Specht



**Alexandra Schmid** ist Praktikantin bei der AK Wien und arbeitet im Rahmen ihres Masterstudiengangs BWL und Wirtschaftspsychologie zu interessenspolitischen Fragen von Konsument:innen und Kreislaufwirtschaft.

© Frank Jödicke

**N**achhaltig konsumieren bedeutet mehr, als nur ökologische und faire Produkte zu kaufen. Bei der Kreislaufwirtschaft geht es im Gegensatz zur herkömmlichen, linearen Wirtschaft darum, auch anders zu konsumieren. Prinzipiell stehen Konsument:innen hier viele Handlungsmöglichkeiten offen: Sie können Produkte wiederverwenden, leihen, tauschen oder auch selbst herstellen. Nachhaltiger Konsum bedeutet, Produkte lange zu nutzen, sie entsprechend zu warten und zu reparieren. Nach dem Ende der eigenen Nutzung sollte das Produkt möglichst einer direkten weiteren Verwendung zugeführt werden, denn Reuse spart im Vergleich zu Upcycling (Aufwertung durch Wiederverwendung) und Recycling mehr Ressourcen. Diese beiden Optionen sollten daher erst am Ende bedacht werden, wenn das Produkt nicht mehr in seinem ursprünglichen Zustand verwendet werden kann.

## Prinzipien der Kreislaufwirtschaft

Die einzelnen Hebel der Kreislaufwirtschaft sind in den „10 R-Zielen“ aufgelistet und ihre Integration in den Alltag möglichst vieler Menschen ist angesichts der spürbaren Klimakrise und Ressourcenknappheit notwendig. Es bleibt jedoch die Frage, ob Konsument:innen aktuell ausreichend Möglichkeiten zur Teilnahme an der Kreislaufwirtschaft haben und ob sie nicht allzu oft mit widersprüchlichen Zielen konfrontiert werden.

ler:innen in der Verantwortung, Produkte länger haltbar und reparierbar zu gestalten. Um nachhaltige Konsumpraktiken zu ermöglichen, sind entsprechende materielle Voraussetzungen nötig, die durch gesetzliche Regulierungen vorgegeben werden müssen. Die relevanteste ist die Ökodesign-Rahmenverordnung der EU, die 2024 überarbeitet wurde. Grundsätzlich können mit ihr an alle Produkte Anforderungen an Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwertbarkeit gestellt werden. Einerseits werden dabei Maßnahmen für Produktgruppen festgelegt, andererseits sollen Informationen über positive oder negative Auswirkungen Konsument:innen bei Kaufentscheidungen helfen. Im Jahr 2025 wurde eine Regulierung für Smartphones veröffentlicht. Dabei gibt es Mindestkriterien, beispielsweise hinsichtlich der Mindestlebensdauer der Batterie oder verpflichtender Softwareupdates für einen bestimmten Zeitraum. Gleichzeitig erhalten Käufer:innen anhand eines Labels Informationen über die Reparierbarkeit oder die Robustheit des Smartphones. Weitere europäische Regulierungen wie das „Recht auf Reparatur“ oder die „Stärkung der Verbraucher:innen für den ökologischen Wandel“ sind ebenso wichtige Hebel. Sie schaffen die Voraussetzungen, damit Konsument:innen an der Kreislaufwirtschaft partizipieren können.

Rethink richtet sich aber auch unmittelbar an die Konsument:innen. Ein wesentlicher Beitrag zur Ressourcenschonung ist eine lange Nutzungsdauer des Produktes. Studien zeigen, dass diese oft unter der tatsächlichen Lebensdauer der Konsumgüter liegt, da die „frühzeitige Obsoles- ▶

**Die Politik hat viele Möglichkeiten, alternative Konsumpraktiken zu unterstützen, damit diese auch zum Mainstream werden können.**

Beginnen wir mit dem Rethink, so bedeutet dies, Produkte neu zu denken, zirkulär zu designen und intensiver zu nutzen. Hier stehen zunächst die Herstel-

Seit mehr als 15 Jahren gibt es die ehrenamtlich geführten Repair-Cafés: eine Initiative, die von Holland ausgehend die ganze Welt erobert hat.

zenz“ der Produkte Konsument:innen zu Neukäufen treibt. Hauptgrund ist zwar nach wie vor, dass das Gerät aufgrund eines Schadens ersetzt wird, aber immer schneller kommen Produkte aus der Mode, da vermeintlich innovativere Produkte auf den Markt kommen. Umso wichtiger wäre es daher, noch gebrauchsfähige Produkte weiterhin zu verwenden oder dem Reuse zuzuführen.

### Reparieren macht Freude

Gerade bei selten genutzten Gütern kann Leihen oder gemeinsames Nutzen besser sein als eigener Besitz. Am kommerziellen Markt lassen sich Werkzeug, Sportgeräte oder anlassbezogene Kleidung wie Hochzeitsoutfits leihen, aber auch Waschküchen im kommunalen Wohnbau wären ein Beispiel. Öffentliche Büchereien sind in Österreich weit verbreitet. Bei 1.500 Büchereien in rund 2.000 Gemeinden darf von einer Flächendeckung gesprochen werden. Bibliotheken der Dinge hingegen, in denen Alltagsgegenstände wie Werkzeug, Reise- oder Kochutensilien ausgeborgt werden können, sind selten. Während solche Bibliotheken in anderen Ländern wie Großbritannien schon weit verbreitet sind, gibt es in Österreich nur eine Handvoll Angebote. Zwar finden sich hierzulande auch entsprechende Online-Plattformen, um Dinge auszuleihen, aber damit Teilen tatsächlich eine Alternative zum Neukauf wird, bräuchte es eine bessere Infrastruktur, die für Konsument:innen attraktiv ist.

### Kurzgefasst

Der Glaube, dass Wohlstand, Konsum und individuelle Leistung automatisch glücklich machen, prägt unsere Gesellschaft - und blockiert wirksames Handeln in der Klimakrise. Der Artikel zeigt, warum dieses „Miswanting“ psychologisch erklärbar ist, was Menschen nachweislich zufrieden macht und weshalb individuelles Engagement zwar wichtig ist, aber kein Ersatz für strukturelle Veränderungen sein kann.

War die Verwendung von Gebrauchtem vor einigen Jahren teilweise noch mit sozialer Scham behaftet und wurde dies eher von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen betrieben, wird Reuse heutzutage in allen Schichten praktiziert. Laut einer im Jahr 2025 erhobenen Studie der Universität Linz hat die Hälfte der Befragten innerhalb der letzten zwölf Monate etwas Gebrauchtes gekauft. Die Infrastruktur ist im Vergleich zu anderen nachhaltigen Angeboten breiter aufgestellt. Es gibt zahlreiche spezialisierte Online-Plattformen, Flohmärkte, stationäre Second-Hand Läden (darunter viele sozialwirtschaftliche Organisationen) und spezielle Refurbish-Händler:innen, die Gebrauchsspuren von Vornutzer:innen entfernen (z. B. bei Handys).

## Die 10 R-Ziele der Kreislaufwirtschaft

1. **Refuse** → Ablehnen
2. **Rethink** → Überdenken
3. **Reduce** → Reduzieren
4. **Reuse** → Wiederverwenden
5. **Repair** → Reparieren
6. **Refurbish** → Verbessern
7. **Remanufacture** → Wiederaufbereiten
8. **Repurpose** → Anders weiternutzen
9. **Recycle** → Material aufbereiten
10. **Recover** → Thermisch verwerten

Ersatzkäufe werden von Unternehmen oftmals einfacher und attraktiver gemacht als das Reparieren, wodurch Letzteres an Bedeutung verloren hat. Für viele sind vor allem die hohen Kosten eine Barriere. Dabei lohnt es sich laut einer aktuellen Studie des Umweltbundesamts in den meisten Fällen ökonomisch und ökologisch, Haushaltsgeräte zu reparieren. Die regelmäßige Pflege, Wartung oder das Tauschen kleiner Ersatzteile kann eine Verbundenheit zu den Dingen schaffen und Alltagsreparaturen zur Gewohnheit machen. Reparieren fördert Empowerment, indem Menschen beim Reparieren, etwa im Repair-Café, neue Kompetenzen erwerben. Mit diesen Fertigkeiten verlängert sich die Lebensdauer von Gegenständen und die Autonomie der Menschen steigt. Reparieren in der Gemeinschaft stärkt die soziale Verbundenheit und kommt allen zugute. Auch das Repurpose (oder Upcycling) erfuhr vor etwa zehn Jahren einen neuen Aufschwung. Während auf der einen Seite alte Socken und Hemden zu Putztüchern umfunktioniert werden (Downcycling), kreieren Unternehmen mitunter neue Produkte, wie etwa Taschen aus alten LKW-Planen.

### Herausforderungen und Grenzen

Kreislaufwirtschaft wird oft mit Recycling gleichgesetzt und ist in den Köpfen als sehr positives Element der Ressourcenschonung verankert.



Recycling sollte jedoch erst ganz am Ende stehen, wenn andere Praktiken nicht mehr möglich sind. Vielen ist nicht bewusst, dass beispielsweise Mehrweg im Getränkebereich viel ressourcenschonender als PET-Recycling ist. Im Textilbereich wird Recycling als positiv beworben, grenzt aber oft an Greenwashing (siehe Heft 4/2025 der Wirtschaft und Umwelt).

Der einfachste, aber zugleich herausforderndste Teil dieses Kreislaufs liegt darin, weniger zu kaufen (Refuse). Politisch werden hier noch keinerlei Maßnahmen gesetzt. Im Gegenteil: Von Konsument:innen wird gefordert, mehr zu kaufen, um die (lineare) Wirtschaft und den westlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Hier müsste eine breite gesellschaftliche Wertedebatte ansetzen und die Muster hinterfragen: Werbung und Marketing suggerieren, dass Produkte Menschen einen bestimmten sozialen Status verleihen. Der Kaufdruck wird durch Social Media und sogenannte „Dark Patterns“ erhöht, die Menschen gegen ihre Interessen handeln lassen. Die Forschung zeigt, dass Konsum zwar bis zu einem gewissen Grad Wohlbefinden erhöhen kann, dieses Glück aber nicht linear mit mehr Konsum steigt, sondern bald seine Grenze erreicht. Überkonsum kann sogar krank machen

(Kaufsucht). Eine solidarische Gesellschaft hingegen, die auf starken sozialen Beziehungen statt auf materiellem Besitz aufbaut, sowie ein starker Konsument:innenenschutz, der vor Gefahren schützt, sind hier wichtige Gegenstrategien. Konsument:innen werden derweil mit starken Widersprüchen konfrontiert: „Kaufe mehr – aber nachhaltig!“ Dies müsste von der Politik stärker adressiert und aufgelöst werden.

Letztlich braucht es mehr Angebote, damit alternative Konsumformen attraktiver und zum Mainstream werden. Dafür muss von politischer Seite Infrastruktur geschaffen und mögliche Synergien genutzt werden: Reparaturdienstleister könnten im gleichen Gebäude wie ein Tauschladen sein, der sich wiederum neben einem Second-Hand- oder Leihladen befindet. Einen solchen Ansatz setzt beispielsweise das Zukunftshaus Würzburg um. Dadurch würden diese Praktiken sichtbarer und gesellschaftlich akzeptierter. Kreislaufwirtschaft ist nämlich kein einseitiger Prozess, sondern lebt von der Partizipation aller gesellschaftlichen Akteur:innen. Besonders zivilgesellschaftliche Konsuminitiativen, wie Repair-Cafés oder Makerspaces, zeigen das Potenzial einer tragfähigen Kreislaufwirtschaft. Die Bevölkerung beweist hier ihr Engagement, das genutzt werden sollte, um Breitenwirksamkeit zu erlangen. □

**Selbst zu reparieren erhält nicht nur den Wert des Reparierten, sondern kann auch als sinnstiftend erlebt werden.**

# „Recycling ohne konsequente Kreislaufwirtschaft löst keine Umweltkrisen“

Willi Haas ist Privatdozent für Soziale Ökologie an der Universität für Bodenkultur in Wien und beschäftigt sich mit Fragen der Nachhaltigkeit und der Rohstoffwende.



© Klaus Ranzner

**Haben die großen planetaren Krisen – Klimaerhitzung, Artensterben und Verschmutzung – nicht eine gemeinsame Wurzel darin, dass die Menschheit zu viele Ressourcen verbraucht, die dann nach Gebrauch als Müll und Emissionen wieder ausgesondert werden?**

Absolut. Während wir im Jahr 1900 rund 7 Milliarden Tonnen Material der Natur entnahmen, waren es 1970 bereits über 30 Milliarden jährlich. Um 2000 waren es dann schon 60 Milliarden, also eine Verdoppelung in 30 Jahren. Bereits zu dieser Zeit war klar, dass dieser hohe Verbrauch an Metallen, fossilen Energieträgern, Bau- und Industriematerialien sowie Biomasse in immer tiefere planetare Krisen führt. 2024 hatten wir einen Ressourcenverbrauch von 107 Milliarden Tonnen. Während der Ressourcenverbrauch um 1900 noch vom raschen Biomasedurchfluss dominiert war, wurden in den letzten Jahrzehnten sehr viele Bestände, wie Straßen, Häuser und digitale Endgeräte, aufgebaut. Mit diesen determinieren wir schon jetzt den Ressourcenverbrauch der Zukunft, weil deren Betrieb laufende Instandhaltung und viel Energie braucht.

**Eine Antwort wäre Recycling ...**

Recycling als Strategie ähnelt „End-of-the-Pipe“-Maßnahmen, bei denen man etwa einen Filter am Schornstein anbringt. Solange der Ressourcenverbrauch derart steigt und Materialien

in Infrastrukturen und Produkten angehäuft werden, fallen ja nicht ausreichend wertstoffhaltige Abfälle an, um die vielen erforderlichen Rohstoffe nennenswert zu ersetzen. Zudem kann ein Großteil der gesammelten Materialien nicht wieder zu gleichwertigen Produkten verarbeitet werden. Oft erfolgt ein Downcycling und vieles wird verbrannt. Recycling macht daher nur als Teil einer ernstzunehmenden Kreislaufwirtschaft Sinn. Dafür muss der hohe Ressourcenverbrauch in Ländern wie Österreich schrittweise verkleinert werden. Dies erfordert ein konsequentes Design langlebiger, instandhaltungsarmer und wiederverwendbarer Produkte und Infrastruk-

**„Wir brauchen eine Verschiebung des Diskurses von ökonomischem Wachstum zu verbesserter Lebensqualität.“**

turen. Die können dann am Lebensende dank klugem Design zumindest in Teilen rezykliert werden. Konsequente Verkleinerung und Verlangsamung des Ressourcenflusses in Österreich könnte den Anteil geschlossener Kreisläufe von derzeit zehn Prozent auf 34 Prozent des Ressourcenverbrauchs erhöhen.

**An welchen Hebeln müsste für die Durchsetzung der Kreislaufwirtschaft angesetzt werden?**

Lassen Sie mich vier Aspekte skizzieren: Erstens müssen die internationalen Institutionen gestärkt werden, um

verpflichtende Übereinkommen mit einem Ressourcenreduktionsziel für die verschiedenen Materialgruppen zu erreichen. Selbstverständlich brauchen wir den Ausstieg aus der Fossilenergie, sie allein macht 15 Prozent des Ressourcenverbrauchs aus. Wir brauchen aber auch eine Verschiebung des Diskurses von ökonomischem Wachstum zu verbesserter Lebensqualität, wie Zeitwohlstand und mehr Gesundheit. Und viertens brauchen wir eine sozial-ökologische Steuerreform, die Arbeit steuerlich stark entlastet und Material und Energie entsprechend ihren negativen Umweltwirkungen spürbar belastet.

**Wo steht Österreich bei der Kreislaufwirtschaft?**

Ganz am Anfang. Die Kreislaufwirtschaftsstrategie genießt derzeit bei den zentralen Akteuren der Regierung leider keine Priorität, geschweige denn, dass die Konfliktbereitschaft besteht, sie gegen mächtige Lobby-Gruppen von Industrie und wirtschaftsnahen Expert:innen durchzusetzen. Vielmehr ist erkennbar, dass das althergebrachte und irreführende Denkmuster „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s allen gut“ handlungsleitend ist. Stattdessen sollte die Frage „Was braucht ein gutes Leben für alle?“ gestellt werden. Die ökologische, soziale und wirtschaftliche Antwort darauf würde das simple, überholte Denkmuster auf den Kopf stellen. FJ

# Arbeit im Kreislauf: Gute Jobs im grünen Umbau?

Die Kreislaufwirtschaft ist ein wachsender Sektor, der für die heimische Wirtschaft, Umwelt und Arbeitnehmer:innen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Jetzt bietet sich die ideale Möglichkeit, in diesem aufkommenden Sektor gute und grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Von JENAN IRSHAIID



**Jenan Irshaid** ist Fachexpertin im ÖGB-Klimabüro und beschäftigt sich mit Themen der Just Transition Governance sowie gesellschaftlich gerechter Klimaschutz- und Klimawandelanpassungspolitik.

© ÖGB

**D**ie Fakten sind klar: Ein Strukturwandel in Richtung Klimaneutralität ist notwendig, um die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu sichern. Die Kreislaufwirtschaft gilt als zentraler Baustein der sozialen und ökologischen Transformation. Angesichts der Klimakrise, Ressourcenknappheit und geopolitischer Abhängigkeiten rückt sie zunehmend in den Fokus. Produkte sollen langlebiger sein und nach Gebrauch repariert, wiederverwendet und schließlich recycelt werden. Während die ökologischen Vorteile breit diskutiert sind, bleibt eine entscheidende Frage oft im Hintergrund: Welche Arbeit entsteht in der Kreislaufwirtschaft?

## Kreislaufwirtschaft als Zukunftssektor für grüne Jobs

Das Konzept „Kreislaufwirtschaft“ verspricht, viele der Herausforderungen auf dem Weg in eine klimaneutrale Gesellschaft zu bewältigen. Angesichts der vorhersehbaren technologischen Veränderungen sowie der aktuellen geopolitischen

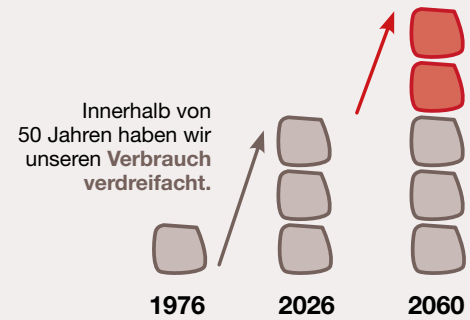
und ökonomischen Lage hat die Kreislaufwirtschaft das Potenzial, die Ressourcenabhängigkeit und -knappheit zu minimieren.

In der Abfallwirtschaft und der Reparaturbranche finden sich die „klassischen“ Kreislaufwirtschaftsjobs. Diese Wirtschaftssektoren werden in Zukunft noch wesentlicher werden und damit das „grüne“ Beschäftigungspotenzial ausweiten. Ein Bereich mit besonderem Potenzial ist das Batterierecycling. Mit dem Hochlauf der Elektromobilität wächst die Notwendigkeit, kritische Rohstoffe wie Lithium, Kobalt oder Nickel zurückzugewinnen. Batterierecycling könnte zudem die Treibhausgasemissionen in der Batterieproduktion um 80 Prozent senken. So entsteht ein neuer Industriezweig an der Schnittstelle von Chemie, Industrieproduktion und Logistik, der auch einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Die erste Generation von BEV (Battery Electric Vehicles) tritt jetzt in die Phase ein, in der ihre

# Ressourcenverbrauch ins Gleichgewicht bringen

Die Kreislaufwirtschaft kann den übermäßigen Ressourcenverbrauch ins Gleichgewicht bringen. Sie schont Ressourcen, schafft Arbeitsplätze und stärkt die regionale Wertschöpfung. Entscheidend ist, dass der Umbau von einer linearen zur zirkulären Wirtschaft sozial gerecht gestaltet wird. Nur wenn Kreislaufwirtschaft zu mehr Gerechtigkeit und Verbesserungen für die Vielen führt, kann sie die notwendige Akzeptanz finden.



Wir haben **weltweit einen zu hohen Ressourcenverbrauch.**

**Ohne Maßnahmen:** Der Verbrauch steigt bis 2060 um **weitere 60%**.

## Systemisches Umdenken

Durch Tauschen, Teilen und Leihen werden langlebige Produkte und Infrastrukturen **intensiver genutzt**.



Wir benötigen also insgesamt **weniger**.



### A.

### Überdenken

Produkte und Infrastrukturen werden überdacht und so gestaltet, dass sie **eine lange Nutzungsdauer** haben.



Produkte ablehnen und so überflüssig machen



Weniger Waren und Prozesse erfordern weniger Ressourcen und Materialien.

## Die Chancen des Umbaus

Wenn es gelingt, die Beschäftigten mitzunehmen und die **notwendige Infrastruktur** sowie verbindliche **und faire Rahmenbedingungen** zu schaffen, dann ist die Kreislaufwirtschaft nicht nur ein ökologisches Gebot, sondern auch eine enorme wirtschaftliche Chance.

**Active Industrie- und Beschäftigungspolitik,** um Potenziale für Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu heben

**Verbin**  
mit  
Res  
Verantw





**Österreich** gehört mit 19t/Kopf im Jahr zu den Spitzenreitern im weltweiten **Ressourcenverbrauch**.

Gleichzeitig hat Österreich teilweise sehr **hohe Recyclingraten** – besser als die EU-Ziele:



**Recycling** (alleine) ist **nicht die Lösung**.

Wichtig wäre ein **sorgsamer Umgang mit Ressourcen**.



## Planetare Grenzen

Die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen sind für über **55 % der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen**, für **40 % der gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Feinstaub** sowie für über **90 % des Biodiversitätsverlusts und Wasserstress** verantwortlich.

**7 von 9 planetaren Grenzen sind bereits überschritten!**



## B. Im Kreislauf halten

Sind Produkte und Infrastrukturen nicht mehr einsetzbar oder werden nicht mehr benötigt, sollen sie durch nebenstehende Prozesse **so lange wie möglich im Kreislauf gehalten werden**.

### Wiederverwenden

Funktionsfähige Produkte **wiederverwenden statt entsorgen**

### Reparieren

**Kaputtes instand setzen** statt wegwerfen – Produkte sollen reparierfähig sein

### Verbessern

Veraltetes **auf neuen Stand bringen**, Einzelteile ersetzen

### Wiederaufbereiten

Weiterverwendbare **Bestandteile** dort einsetzen, wo sie **dieselbe Funktion erfüllen** können

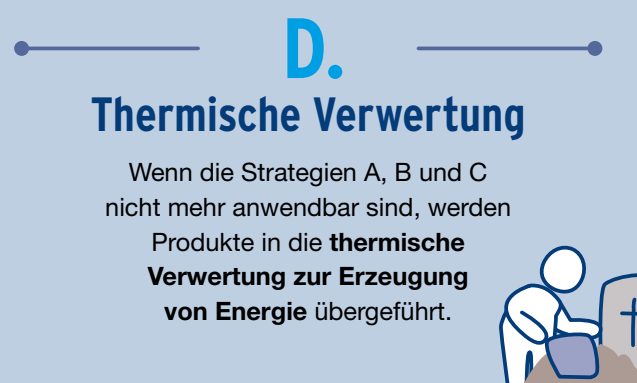
### Anders weiternutzen

Weiterverwendbare **Bestandteile** einsetzen, wo sie eine **neue Funktion erfüllen** können



## C. Recycling

Hat ein Produkt endgültig sein Lebensende erreicht, werden seine **Materialien neu aufbereitet** und als **Sekundärrohstoffe** in den Produktionskreislauf zurückgeführt.



## D. Thermische Verwertung

Wenn die Strategien A, B und C nicht mehr anwendbar sind, werden Produkte in die **thermische Verwertung zur Erzeugung von Energie** übergeführt.

**Stärkung des rechtlichen Rahmens**  
klaren Reduktions- und Ressourcenzielen, eindeutigen Verantwortlichkeiten und konkreten Umsetzungsfristen

**Erhöhung der öffentlichen Investitionen**, um insbesondere den Hebel der öffentlichen Beschaffung zu nutzen

**Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur**  
Physisch für Reparatur, Wiederverwendung und gemeinschaftliche Nutzung sowie digital zur Entwicklung tragfähiger Sekundärrohstoffmärkten

**Sozial gerechte Ausgestaltung** und demokratische Planung des wirtschaftlichen Umbaus



### Kurzgefasst

Die Kreislaufwirtschaft ist ein Schlüssel der sozialen und ökologischen Transformation. Sie schafft neue Jobs, von Recycling über Reparatur bis hin zur Batterietechnologie. Doch gute Arbeit ist nicht garantiert. Hoher Kostendruck, gesundheitliche Risiken und fehlende Standards prägen viele Bereiche. Entscheidend ist daher ein gerechter Wandel mit fairen Arbeitsbedingungen.

Batterien ersetzt werden müssen. Dadurch stehen riesige, wertvolle Werkstoffpotenziale in Europa zur Verfügung. Wir haben also die Chance, mit einem entsprechenden industriellen Kreislauf die Abhängigkeit von Rohstoffen aus China, Lateinamerika und Afrika zu reduzieren. Dafür ist allerdings eine massive Kraftanstrengung erforderlich, um diese Kompetenz im industriellen Maßstab aufzubauen.

Die Kreislaufwirtschaft schafft auch Arbeitsplätze in anderen Branchen. EU-weit wird z. B. im Abfallsektor bis 2030 ein Zuwachs von 700.000 Jobs erwartet. Diese Jobs sind wichtig, um den Strukturwandel in der Industrie zu begleiten und langfristig Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu sichern. Man denke etwa auch an die Gastronomie und Hotellerie und die dort notwendige Ressourcenschonung und -weiterverwendung. Auch in der Raumplanung wird das Konzept des Flächenrecyclings immer wichtiger. In diesem Sinne bietet die Kreislaufwirtschaft somit Chancen für Investitionen, Innovation und Standorterhalt – vor allem, wenn bestehende Infrastrukturen weiterhin genutzt bzw. ausgebaut werden können.

### Arbeitsbedingungen in der Kreislaufwirtschaft

Die Arbeitsrealität in der Kreislaufwirtschaft ist sehr unterschiedlich. Sie reicht von hochautomatisierten Anlagen bis zu körperlich belastender Handarbeit. Gerade in der Sammlung und Sortierung sind Beschäftigte häufig mit schwierigen Bedingungen konfrontiert. Wir können und dürfen nicht überse-

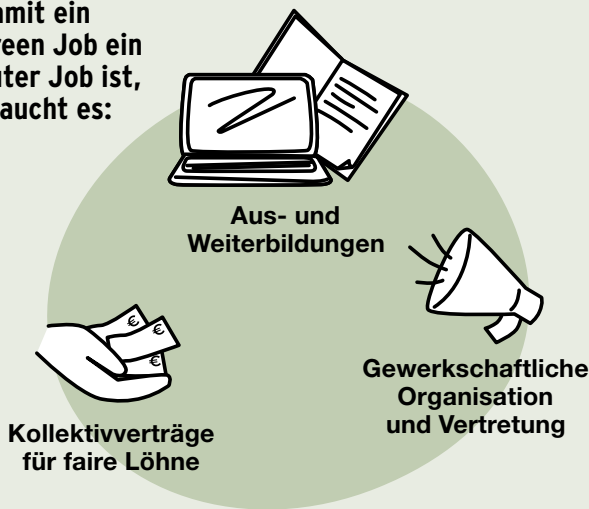
**Wir können und dürfen nicht übersehen, dass viele Tätigkeiten, vor allem im Abfall- und Wiederverwendungssektor, risikoreich und schwer sind.**

hen, dass viele Tätigkeiten, vor allem im Abfall- und Wiederverwendungssektor, risikoreich und schwer sind und die Arbeitnehmer:innen potenziellen Gesundheitsrisiken aussetzen. Dazu zählen hohe körperliche Belastungen, Lärm, Staub und der Umgang mit potenziell gefährlichen Stoffen. Auch Unfallrisiken sind nicht zu unterschätzen. Gleichzeitig stehen viele Beschäftigte unter erheblichem Zeitdruck.

Als neuer, innovationsgetriebener Sektor ist die Kreislaufwirtschaft ein Bereich mit laufender Veränderung. Es mangelt allerdings teilweise an konkretem Wissen und an Strategien, um Gesundheitsschutz und gute Arbeitsbedingungen zu erreichen. Um diese Lücke zu schließen, muss der Arbeitnehmer:innenschutz zum zentralen Thema werden. Dazu sind zunächst die gezielte Datenerhebung und Analyse der Arbeitsbedingungen wichtig sowie die Einbindung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen und ihrer Betriebsräte. Sicherheitsvertrauenspersonen können hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Um die Betriebe für die sich neu ergebenden Gefahren und Belastungen zu sensibilisieren, hat das Arbeitsinspektorat 2026 den Schwerpunkt „Green Jobs“ gesetzt. Der Fokus liegt dabei auf Abfallwirtschaft und Recyclingunternehmen. Die private Abfallwirtschaft beschäftigt zurzeit über 27.000 Arbeitnehmer:innen. Die neuen Aufgabenfelder und Tätigkeiten, die im Kontext des grünen Wandels entstehen, sollen auch im Sinne des Arbeitsschutzes nachhaltig – und somit gesund und sicher – sein.

Damit ein Green Job ein guter Job ist, braucht es:



### Herausforderungen für die Etablierung der Kreislaufwirtschaft

Die zentrale Herausforderung besteht darin, die Kreislaufwirtschaft sowohl ökologisch als auch sozial nachhaltig zu gestalten. Klare politische Rahmenbedingungen sind eine Voraussetzung dafür, eine faire Entlohnung zu sichern. Im Sinne eines gerechten Strukturwandels müssen die Etablierung der Kreislaufwirtschaft als Transformationssektor und die Gewährleistung guter Arbeit aufeinander abgestimmt werden. Die Abstimmung dieser komplexen wirtschaftlichen, juristischen und gesellschaftlichen Systeme ist nie einfach.

**Gewerkschaften helfen dabei, Lohndumping und die Verlagerung von Arbeit in Niedriglohnländer einzubremsen.**

Ein Problem ist der hohe Kostendruck entlang der Wertschöpfungskette. Recycling steht oft im Wettbewerb mit günstigen Primärrohstoffen. Deren Preise sind allerdings nur deshalb so niedrig, weil die Folgekosten der Rohstoffgewinnung und ihres nicht nachhaltigen Einsatzes sowie die daraus resultierenden Klimaschäden nicht eingerechnet werden. Dieser Konkurrenzdruck wird nicht selten an die Beschäftigten weitergegeben. Die fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen erlauben dies leider.



**27.000 Arbeitnehmer:innen**

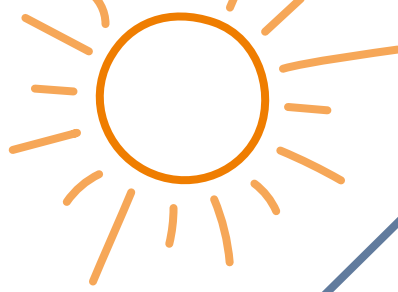
sind aktuell in der Abfallwirtschaft in Österreich bei privaten Unternehmen beschäftigt.

Um dem entgegenzuwirken, sind verbindliche Standards für gute Arbeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette notwendig. Dazu zählen strenge Vorgaben im Arbeits- und Gesundheitsschutz ebenso wie faire Entlohnung und sichere Beschäftigungsverhältnisse. Öffentliche Förderungen sollten zudem stärker an soziale Konditionen, wie beispielsweise gute Arbeitsbedingungen, geknüpft werden. Zudem können Maßnahmen wie ein „Made-in-Europe“-Bonus oder das Lieferkettengesetz die europäische Kreislaufwirtschaft und Wertschöpfung stärken und gleichzeitig Lohndumping sowie die Verlagerung von Arbeit in Niedriglohnländer einbremsen.

### Die Rolle der Gewerkschaften

Gewerkschaften spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie stehen vor der Aufgabe, neue Branchen zu organisieren sowie Kollektivverträge und Mitbestimmung zu stärken. Gleichzeitig geht es darum, Qualifizierung und Umschulung aktiv zu gestalten, um Beschäftigte in den Wandel einzubeziehen. Studien zeigen zudem, dass vor allem weniger qualifizierte Arbeitnehmer:innen in den Branchen der Kreislaufwirtschaft oft nicht gewerkschaftlich organisiert sind und unter schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten. Gewerkschaften versuchen nicht nur sicherzustellen, dass Arbeitsbedingungen gut sind und verbessert werden; sie sorgen auch dafür, dass dadurch die Produktivität steigt.

Die Kreislaufwirtschaft hat das Potenzial, ein zentraler Jobmotor der sozialen und ökologischen Transformation zu werden. Doch dieses Potenzial realisiert sich nicht von selbst. Die bisherigen Entwicklungen zeigen ein widersprüchliches Bild: Neben innovativen Tätigkeiten entstehen auch prekäre Beschäftigungsformen mit hohen Belastungen. Entscheidend wird daher sein, die Transformation aktiv zu gestalten. Gute Arbeit muss von Anfang an mitgedacht und politisch abgesichert werden. Denn nur wenn ökologische und soziale Ziele gemeinsam verfolgt werden, kann die Kreislaufwirtschaft zu einem tragfähigen Modell für die Zukunft werden. □



# Hitzeschutz am Arbeitsplatz

Die Klimakrise treibt die Temperaturen in bisher unbekannte Höhen. Weil Arbeitnehmer:innen ihre Umgebung kaum beeinflussen können, nehmen Hitze und UV-Strahlung oftmals gesundheitsgefährdende Ausmaße an. Die Hitzeschutzverordnung sorgt ab heuer für verpflichtende Präventionsmaßnahmen.

Von HARALD BRUCKNER



**Harald Bruckner**  
leitet in der Abteilung  
Arbeitnehmer:innenschutz  
und Gesundheitsberufe  
der AK Wien das Team Ar-  
beitnehmer:innenschutz.

© Markus Zahradnik

In den letzten Jahren häufen sich europaweit Berichte über Arbeitnehmer:innen, die durch Hitze am Arbeitsplatz verstarben. Diese besonders tragischen Fälle sind lediglich die Spitze des Problems. Österreich ist als Gebirgs- und Binnenland besonders von der Klimaerwärmung betroffen und Todesfälle durch Hitzschlag haben das Problem frühzeitig ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Bundesregierung hat daher im Vorjahr die langjährige Forderung von AK und ÖGB aufgegriffen und die Hitzeschutzverordnung erlassen. Seit 1. Jänner 2026 gelten verbindliche Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer:innen im Freien. Neben akuten Auswirkungen von Hitze und UV-Strahlung müssen auch die langfristigen Folgen, wie heller Hautkrebs, stärker berücksichtigt werden. Ein Vergleich mit Deutschland zeigt, dass in Österreich zahlreiche Erkrankungen zu erwarten sind.

## Die neue Hitzeschutzverordnung stellt einen Meilenstein dar

Die Belastung durch Hitze am Arbeitsplatz ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Arbeitnehmer:innen und Betriebsräte berichten von schwerer körperlicher Arbeit zur Mittagszeit bei Temperaturen von über 40 Grad Celsius, etwa in unmittelbarer Nähe wärmeabstrahlender Maschinen und Materialien oder in aufgeheizten Glashäusern. Manche Arbeitsplätze sind aufgrund ihrer Bauweise besonders hitzeexponiert – etwa Fahrerka-binen, Krankabine oder Gruben mit wenig Luft-zirkulation. Oft fehlen zudem kühle Pausenräume oder schattige Plätze für kurze Entwärmungsphasen. In manchen Branchen sind gerade in der heißen Jahreszeit zudem überlange Arbeitszeiten üblich. Schutzmaßnahmen gegen Hitze und UV-Strahlung wurden bisher vielfach als Privat-sache betrachtet oder am Arbeitsplatz lediglich empfohlen, aber nicht verpflichtend umgesetzt. Die neue Hitzeschutzverordnung schützt nun

Arbeitnehmer:innen und vermeidet wirtschaftliche Schäden durch krankheitsbedingte Ausfälle. Sie legt klare Grenzen für Arbeiten bei Hitze und UV-Strahlung fest und fordert konkrete Schutzmaßnahmen auf betrieblicher Ebene. Ab einer „gefühlten Temperatur“ von 30 Grad Celsius sind Maßnahmen erforderlich. Die gefühlte Temperatur berücksichtigt mehrere Faktoren wie Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Windstärke und Wärmestrahlung. Diese Grenze entspricht der Hitze-warnstufe 2 des nationalen Hitzeschutzplans und erfordert einen schriftlichen Hitzeschutzplan für den Betrieb sowie umfassende Schulung der Beschäftigten. Krankabine müssen bis Juni 2027 mit effektiven Kühlsystemen nachgerüstet werden. Die Verordnung ermöglicht außerdem freiwillige Untersuchungen zur Früherkennung aktinischer Keratosen, einer Vorstufe des Plattenepithelkarzinoms, für Beschäftigte, die natürlicher UV-Strahlung ausgesetzt sind. Damit wird der Aufnahme dieses Hautleidens als Berufskrankheit Rechnung getragen. Sensibilisierung und die Einbindung von Arbeitsmediziner:innen sind hierbei entscheidend.

## UV-Schutzmaßnahmen und Prävention

Ein betrieblicher Hitzeschutzplan sollte frühzeitig erstellt werden, denn ab einer gefühlten Temperatur von 30 Grad Celsius sind die Schutzmaßnahmen verpflichtend umzusetzen. Die aktuellen Werte sind jederzeit auf der Website der Geosphere Austria abrufbar, sodass keine zusätzlichen Messungen erforderlich sind. Mithilfe der Vorschaufunktion können Betriebe die kommenden Tage abschätzen und entsprechend planen. Die Arbeitsinspektion ist befugt, Hitzeschutzpläne zu kontrollieren.

Neben Hitzeschutzmaßnahmen ist auch der Schutz vor UV-Strahlung essenziell. Hierbei sollten Betriebe die WHO-Empfehlungen beachten,

### Kurzgefasst

Die Bundesregierung ist der langjährigen Forderung von AK und ÖGB nachgekommen. Mit der neuen Hitzeschutz-Verordnung wird dafür gesorgt, dass Arbeitnehmer:innen im Freien vor den Gefahren durch die zunehmende Hitzeeinwirkung und UV-Strahlung geschützt werden. Die Verordnung soll mit dem „betrieblichen Hitzeschutzplan“ umgesetzt werden, der konkrete Schutzmaßnahmen wie Beschattung, Arbeitsorganisation und geeignete Arbeitskleidung enthält.



© betty images

## Hitze und UV-Schutzmaßnahmen

### Technisch

**Arbeitsplatz beschatten:** mobile Sonnensegel, Schirme, Zelte bereitstellen

**Hitze draußen halten:** zeitgemäße Dämmung von Innenräumen installieren

**Kühlen:** besonders bei räumlich kleinen Arbeitsplätzen, wie Fahrerkabinen

### Organisatorisch

**Arbeitszeiten anpassen/kürzen:** Morgenstunden nutzen, Gleitzeit ermöglichen

**Entwärmungspausen planen:** mehr und längere Pausen ermöglichen

**Tätigkeiten anpassen:** schwere körperliche Tätigkeiten beschränken

**Erste Hilfe bei Hitzeerkrankungen organisieren:** Maßnahmen vorbereiten, Rettungskette planen

### Persönlich

**Sonnenschutz verwenden:** UV-Schutzbrille, Bekleidung, Sonnencreme usw. besorgen

**Ausreichend trinken und Pausen zur Erholung machen:** vor allem bei schweren körperlichen Arbeiten

**Gesundheit beachten:** insbesondere bei vorbelasteten oder besonders schutzbedürftigen Personen

die ab einem UV-Index von 3 bis 5 geeignete Maßnahmen vorgeben. Die aktuelle UV-Belastung kann über [uv-index.at](http://uv-index.at) oder auf der Website der Geosphere Austria eingesehen werden. In Höhenlagen, Wintersportgebieten und anderen speziellen Arbeitsumgebungen ist der UV-Schutz das ganze Jahr über relevant. In Österreich ist ins-

Die gefühlte Temperatur berücksichtigt Faktoren wie Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Windstärke und Wärmestrahlung.

besondere im Zeitraum von April bis September zwischen 11:00 und 15:00 Uhr MESZ mit einem UV-Index von mindestens 5 zu rechnen.

### Konkrete Schutzmaßnahmen festlegen und für die Umsetzung sorgen

Besonders gefährdete Gruppen, wie Arbeitnehmer:innen mit Vorerkrankungen, Schwangere und Jugendliche, sollten aktiv das Gespräch mit der Arbeitsmedizin suchen, um geeignete Präventionsmaßnahmen festzulegen. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit freiwilliger Untersuchungen für Arbeitnehmer:innen, die natürlicher UV-Strahlung ausgesetzt sind. Diese helfen dabei, beruflich bedingte Hauterkrankungen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. Zudem bieten die Beratungen die Gelegenheit, präventive Maßnahmen gezielt anzupassen. Die vorgesehenen Schutzmaßnahmen auf Betriebsebene werden im Hitzeschutzplan dokumentiert. Die Ableitung geeigneter Maßnahmen erfolgt nach dem „STOP-Prinzip“. Da viele Tätigkeiten nicht nach innen verlagert werden können, stehen technische, organisatorische und persönliche Schutzmaßnahmen im Fokus.

Im Zuge einer Unterweisung müssen Arbeitnehmer:innen umfassend über die Gefahren von Hitze und UV-Strahlung, über mögliche gesundheitliche Auswirkungen, über entsprechende Schutzmaßnahmen sowie über die Möglichkeit freiwilliger Untersuchungen zur Hautkrebserkennung informiert werden. Sie sollen in der Lage sein, Symptome und Risiken frühzeitig zu erkennen, um bei Bedarf Notfallmaßnahmen zu ergreifen. Der betriebliche Hitzeschutzplan muss an allen Arbeitsstätten und Baustellen in elektronischer oder Papierform zugänglich sein, damit Kontrolle und Umsetzung gewährleistet sind. Für Auskünfte zum betrieblichen Hitzeschutzplan stehen Arbeitsmediziner:innen und Sicherheitsfachkräfte zur Verfügung. Innerbetrieblich sind Sicherheitsvertrauenspersonen und Betriebsräte die ersten Ansprechpartner:innen. Weitere Informationen und Unterstützungsmaterialien dazu finden sich auf den Websites der Arbeitsinspektion und der AUVA. □

# Bioplastik aus biologisch abbaubaren Materialien – Hoffnungsschimmer und Realitätscheck

Produkte aus kompostierbaren Biomaterialien sind grundsätzlich ökologisch sinnvoll. Wer sich beim Einkauf bewusst dafür entscheiden möchte, sieht sich leider mit Hürden konfrontiert. Von SUSANNE BAUER



**Susanne Bauer** ist Ökonomin und leitet die Abteilung Marktforschung der AK Steiermark. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Lebensmittel, Kreislaufwirtschaft und Wohnen.

© Michael Domian

**P**lastikprodukte und -verpackungen begleiten uns ständig. Sie erfüllen sicherlich viele Wünsche und Anforderungen von Produzenten und Konsument:innen. Aber gleichzeitig erzeugen sie bei vielen ein schlechtes Gewissen. Muss alles so aufwendig verpackt sein? Ist es notwendig, dass Meere und Umwelt durch Plastik und Mikroplastik verschmutzt werden? Hier klingen „Bioplastik“, „biologisch abbaubare Kunststoffe“ oder „biobasiertes Plastik“ aus nachwachsenden Rohstoffen nach einem einfachen und ökologischen Ausweg.

Wie schaut es derzeit damit aus? Auf europäischer Ebene hat sich der Kreislaufgedanke durchgesetzt. Er soll nun mit den Zielen der Bioökonomiestrategie Hand in Hand gehen. Die Strategie hat sich von der Ernährungssicherung und dem Ressourcenschutz im Jahr 2012 über den Schwerpunkt Nachhaltigkeit bis zur aktuellen Version in Richtung wettbewerbsfähiger Bioökonomie entwickelt. Deshalb sollen Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen, wie Mais, Weizen oder Zellulose, zur wirtschaftlichen Resilienz in Europa beitragen und die EU grundsätzlich von fossilen Rohstoffen unabhängiger machen. Darüber hinaus soll die Bioökonomiestrategie die ländlichen Regionen, die Landwirtschaft und Industrie stärken. Forschung und Innovation in diesem Bereich hat bereits zu neuen Materialien geführt, die in Gebrauchsgegenständen, Textilien oder Verpackungen angewendet werden.

Große Chancen für eine breite Anwendung werden derzeit im Verpackungsbereich gesehen. Zentral

dabei ist, dass Stoffe aus natürlichen Polymeren, deren chemische Struktur unverändert bleibt, per Definition nicht als Kunststoff im klassischen Sinne, sondern als natürliche Alternativen gelten. Die Einwegkunststoffrichtlinie und die neue Verpackungsverordnung tragen dem bereits Rechnung. Eine durchgehende konsistente Definition für biologisch abbaubare Materialien im Sinne der Kreislaufwirtschaft fehlt jedoch. Ein aktuelles Anwendungsbeispiel sind die Netze aus Zellulose im Lebensmittel Einzelhandel für Obst und Gemüse.

## Was bedeutet „abbaubar“ und woran erkennt man das?

Hier taucht jedoch ein praktisches Problem auf, das Sie mittels unseres Bildbeispiels selbst austesten können. Sehen Sie einen Unterschied zwischen den Gemüsenetzen? Wie sollen Konsument:innen, die ökologisch einkaufen wollen, die neuen Stoffe erkennen, wenn diese kaum zu unterscheiden sind? Auch die Begriffe „Bioplastik“, „Biokunststoff“ oder „biobasiert“ klingen irritierend ähnlich. Zudem sind die Kunststoffe aufgrund der jeweiligen Rohstoffe, aus denen sie gefertigt werden, entweder „fossil“ oder „nachwachsend“ oder eine Mischung aus beidem. Wenn sie zu Abfall werden, sind sie mal „biologisch abbaubar“, mal „nicht abbaubar“ und mal „kompostierbar“. Alles klar?

Rechtlich gesehen ist so viel klar, dass die Norm EN 13432 bestimmt: „Biologisch abbaubar“ ist ein Material dann, wenn es innerhalb von sechs Monaten zu mindestens 90 Prozent abgebaut ist. Als

## Kurzgefasst

Verbraucher:innen, die bewusst nachhaltige Verpackungsmaterialien kaufen möchten, stehen einer unübersichtlichen Menge an Labels gegenüber und können die Materialien optisch kaum voneinander unterscheiden. Die Unterscheidung ist allerdings wichtig, denn Plastik im Kompost mindert dessen Qualität stark.

Kaum sichtbares Logo am Rand: Das Keimling-Symbol garantiert im Zuge der Kompostierung die biologische Abbaubarkeit.

© Frank Jödicke

## Tipps

**Papier statt Plastik.** Bei Vorsammelhilfen für den Biomüll am besten die aus Papier verwenden. Diese werden bei einigen Gemeinden gratis angeboten und erhöhen die Qualität des Komposts.

**Ohne Sackerl.** Wenn möglich, den Bioabfall einfach ohne Vorsammelhilfen in die Bio-tonne geben.

**Mehrweg statt Einweg** ist auch bei Biokunststoffen ökologisch sinnvoller.

**Immer trennen.** Abfalltrennung ist immer notwendig, denn Störstoffe beeinträchtigen die Kompostierung und verursachen Mehrkosten, die zu höheren Abfallgebühren führen.

„industriell kompostierbar“ gilt es dann, wenn nur drei Monate für 90 Prozent benötigt werden.

Wenn die Materialien mit freiem Auge kaum zu unterscheiden sind, geben Produktkennzeichen und Labels Konsument:innen Orientierung bei Einkauf und Entsorgung? Auf den Anteil nachwachsender

Rohstoffe im Produkt gibt die Zertifizierung von „OK biobased“ des TÜV AUSTRIA und „biobasiert DIN geprüft“ mit dem Prozentsatz Auskunft. Eine einfache Hilfestellung zum Erkennen von biologisch abbaubaren Verpa-

ckungen soll das sogenannte „Keimling“-Symbol geben. In Verbindung mit der Norm EN 13432 für kompostierbare Verpackungen wird garantiert, dass unter industriellen Bedingungen die Verpackung in drei Monaten biologisch abgebaut ist. Es gibt außerdem mehrere Varianten der Siegel, die sich optisch leider sehr ähneln. Sie beschreiben die gesamte Palette von „biobasiert“, aus nachwachsenden und nicht nachwachsenden Rohstoffen und geben an, ob die Materialien zur industriellen bzw. Gartenkompostierung geeignet sind. Es ist somit fraglich, ob Konsument:innen aufgrund der fachlichen Feinheiten und optischen Ähnlichkeit der winzig abgedruckten Labels überhaupt eine bewusst nachhaltige Entscheidung treffen können.

### Mehr Unterstützung für nachhaltigen Konsum

Darf „Bioplastik“ somit in den Biomüll und wird daraus Kompost? Erfahrungsberichte zeigen lei-

der, dass Bioplastik zum einen häufig mit konventionellem Plastik verwechselt wird und zum anderen seine positive Umweltwirkung überschätzt wird. Herkömmlicher Biomüll wandelt sich in drei Monaten zu Kompost. Bioplastik, sofern es aus 100 Prozent nachwachsenden Rohstoffen besteht, kann unter optimalen, industriellen Bedingungen in dieser Zeit in immer kleinere Teile zerfallen. Wenn allerdings keine optimalen Bedingungen herrschen, dauert es länger. Sollten die Kunststoffe jedoch fossile Anteile enthalten, dann müssen diese als Störstoffe mühselig und meist händisch mit zusätzlichen Kosten – abgedeckt über die Müllgebühren – aus dem Kompost entfernt werden. Zwischen zwei und acht Prozent des Bioabfalls sind Plastikstörstoffe. Eine pragmatische Lösung läge in einem Verzicht auf Vorsammelhilfen bzw. einem Gebot für Papiersackerl, die Haushalten von vielen Gemeinden und Abfallwirtschaftsverbänden als kostenlose Vorsammelhilfen zur Verfügung gestellt werden.

Die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen ist grundsätzlich zu begrüßen. Aber zum einen sollte ihre Herstellung nicht zu den notwendigen Lebensmitteln in Konkurrenz stehen und zum anderen müssen ihre Produktion und ihr Abbau ökologisch sein. Konsument:innen benötigen jedenfalls weitere Informationen und eine eindeutige Kennzeichnung, auch um Greenwashing zu vermeiden. Denn eins ist sicher: Die Verbraucher:innen wünschen sich einfache, glaubwürdige und umweltfreundliche Lösungen. □

**Bioplastik wird häufig mit konventionellem Plastik verwechselt und seine positive Umweltwirkung überschätzt.**

# „Kettensäge stoppen“ – Menschen und Umwelt schützen!

Klimakrise, Kriege, Handelskonflikte – die Welt befindet sich in der Vielfachkrise. Auf der Suche nach Antworten setzt die EU auf Deregulierung. AK und ÖGB wollen die Kettensägen-Politik stoppen und eine Debatte über Alternativen anstoßen.

Von SARAH BRUCKNER und STEFANIE PRESSINGER



Sarah Bruckner

arbeitet als Expertin für Europarecht in der Abteilung EU und Internationales der AK Wien.

© privat



Stefanie Pressinger arbeitet als Juristin im volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB.

© Fotostudio Staudigl

**E**ine Deregulierungswelle rollt derzeit durch Europa. Unternehmen sollen von Bürokratielasten befreit und die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden, indem Schutzrechte für Menschen und die Umwelt ausgehöhlt werden. Aber das hat Auswirkungen für uns alle. Drei Beispiele:

## 1 Pestizide auf unseren Tellern

Strenge Regeln zur Zulassung von Pestiziden sind wichtig, um unser Essen zu schützen. Die EU-Kommission schlägt jedoch vor, die bisher geltende regelmäßige Überprüfung bestimmter Pestizide durch eine unbegrenzte Zulassung nach einem einmaligen Check zu ersetzen.

## 2 Überwachung am Arbeitsplatz

Das Recht auf Datenschutz gilt im Privatleben und am Arbeitsplatz. Doch jetzt werden die Regeln gelockert. Unter anderem sollen Beschäftigte weniger Kontrolle über ihre eigenen Daten haben, wodurch Überwachung erleichtert wird.

## 3 Ungebremste Waldzerstörung

Lebendige Wälder helfen, die Klimakrise zu stoppen, und sind für die Artenvielfalt wichtig. Im Jahr 2023 wurden auf EU-Ebene Produkte wie Holz, Rind und Kaffee verboten, wenn sie mit Entwaldung in Verbindung stehen. Doch die Entwaldungsverordnung wurde bisher nicht umgesetzt und zweimal verschoben.

AK und ÖGB haben gemeinsam mit verschiedenen NGOs die Plattform „Kettensäge stoppen“ gegründet. Die Initiator:innen der Plattform kritisieren die EU-Deregulierungsagenda und fordern wirksame Maßnahmen für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft.

## Wettbewerbsfähigkeit im Fokus

Die EU-Wahlen 2024 brachten einen Rechtsruck im EU-Parlament und in der Zusammensetzung der EU-Kommission. Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung und Sicherheit sind die aktuellen Top-Prioritäten. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode wurden die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) und die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeits-Berichtserstattung von Unternehmen (CSRD) abgeschwächt. Innerhalb eines Jahres hat die EU-Kommission zehn Deregulierungspakete vorgelegt und weitere angekündigt. Dabei werden jeweils mehrere Rechtsakte zusammengefasst, abgeändert und als „Omnibus“ bezeichnet.

Die EU-Kommission stützt ihre Agenda maßgeblich auf den sogenannten Draghi-Bericht. Der ehemalige Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, hat im September 2024 eine umfassende Analyse sowie Empfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU vorgelegt. Erstens müsse die EU ihren Innovationsrückstand gegenüber China und den USA aufholen, insbesondere im Bereich der Spitzentechnologien. Zweitens brauche es einen integrierten Plan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung. Der

Die EU-Kommission will bestimmte Pestizide unbegrenzt und ohne regelmäßige Überprüfungen zulassen.



© Getty Images

### Kurzgefasst

Eine Deregulierungswelle rollt derzeit durch Europa. Auf Druck der Wirtschaftslobby werden wichtige Regeln zum Schutz von Menschen und der Umwelt gelockert. AK und ÖGB haben deshalb gemeinsam mit NGOs die Plattform „Kettensäge stoppen“ ins Leben gerufen.

Bericht betont: „An der Dekarbonisierung führt kein Weg vorbei, wenn wir unseren Planeten erhalten wollen.“ Schließlich müsse die EU externe Abhängigkeiten reduzieren. Für die grüne und digitale Transformation der Wirtschaft seien zusätzliche Investitionen in Höhe von circa 800 Milliarden Euro pro Jahr notwendig, was einer Steigerung der Investitionsquote, gemessen am EU-BIP, um rund fünf Prozentpunkte entspricht.

### Einseitige Agenda

Die Gewerkschaften teilen im Wesentlichen die im Draghi-Bericht enthaltene Forderung nach einer europäischen Industriepolitik und Investitionsoffensive. Die ebenfalls im Bericht enthaltenen Empfehlungen zum Abbau regulatorischer Hürden für Unternehmen werden hingegen scharf kritisiert und abgelehnt. Insgesamt zielt der Draghi-Bericht auf ein Produktivitätswachstum durch Innovation ab. Im Gegensatz dazu setzt die EU-Kommission einseitig auf Deregulierung. Offiziell wird das Ziel verfolgt, Verwaltungslasten für Unternehmen um mindestens 25 Prozent und für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) um mindestens 35 Prozent zu verringern. Die Omnibus-Pakete gehen jedoch weit über Vereinfachungen hinaus. Sie höhlen den sozialen und ökologischen Besitzstand der EU aus. Dabei ist fraglich, ob und in welchem

Umfang die Unternehmen allfällige Kosteneinsparungen überhaupt in neue Technologien investieren. Die EU riskiert

**„An der Dekarbonisierung führt kein Weg vorbei, wenn wir unseren Planeten erhalten wollen.“**

indes ihre Position als weltweite Standardsetzerin und schafft Verunsicherung anstelle von Planungssicherheit.

### Finanzierungsbedarf als Achillesferse

Der Finanzierungsbedarf ist die Achillesferse der notwendigen Transformation der europäischen Wirtschaft. Angesichts der großen Herausforderungen reichen private Investitionen nicht aus. Zugleich können auch die Regierungen keine ausreichende Finanzierung bereitstellen, da die Wirtschaft in Europa nur langsam wächst und darüber hinaus auch Spardruck aufgrund der EU-Fiskalregeln herrscht. Alle Augen sind daher auf die EU-Ebene gerichtet. Infolge der Corona-Pandemie hat die EU durch gemeinsame Schulden das bis 2026 befristete Aufbauinstrument Next Generation EU (NGEU) geschaffen. Mit dem Herzstück des Instruments, der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), konnten wichtige Investitionen in den grünen und digitalen Wandel finanziert werden. Als Antwort auf die aktuellen Herausforderungen wäre die Schaffung eines europäischen Investitionsfonds erneut der richtige Weg. Unter den EU-Mitgliedstaaten herrscht jedoch keine Einigkeit in dieser wichtigen Frage, weshalb eine rasche Umsetzung fraglich erscheint. Währenddessen verfolgt die EU-Kommission weiterhin eine einseitige Deregulierungsagenda.

### Die Macht der Unternehmenslobby

Der Begriff Corporate Capture beschreibt die Vereinnahmung der Politik durch Unternehm- ▶

➤ Das Auskunftsrecht über eigene personenbezogene Daten soll eingeschränkt werden. Dadurch wird die Überwachung am Arbeitsplatz erleichtert.



mensinteressen. Das Phänomen einer gekaperten EU-Politik ist nicht neu, tritt in der aktuellen EU-Legislaturperiode jedoch besonders stark in Erscheinung. Im Februar 2024 veranstaltete eine Koalition aus Unternehmen und Verbänden einen großen Industriegipfel in Antwerpen. Dabei wurde die sogenannte „Erklärung von Antwerpen“ präsentiert und der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen persönlich überreicht.

Die Erklärung enthält Forderungen der Industrie für die EU-Legislaturperiode 2024–2029: „Wir fordern einen umfassenden Aktionsplan, um die Wettbewerbsfähigkeit als strategische Priorität zu stärken [...]. [Dieser] muss Maßnahmen zur Beseitigung von regulatorischen Unstimmigkeiten, widersprüchlichen Zielen, unnötiger Komplexität in der Gesetzgebung und übermäßigen Berichtspflichten umfassen. Wir fordern die Ausarbeitung eines Omnibus-Vorschlags zur Korrektur der relevanten bestehenden EU-Regulierungen [...].“ Darüber hinaus wird ein neuer „Spirit“ in der Rechtsetzung gefordert. Rund zwei Jahre später lässt sich sagen, dass diese Forderungen eins zu eins umgesetzt werden. Die EU-Kommission legt nicht nur laufend Omnibus-Vorschläge vor, mit denen bestehende EU-Regulierungen verwässert werden, sondern bedient sich dabei auch einer Vorgehensweise, die einen Bruch mit bisherigen Abläufen in der EU-Rechtsetzung markiert.

**Die EU-Kommission verzichtet auf öffentliche Konsultationen und Folgenabschätzungen und hält stattdessen intransparente Treffen mit Wirtschaftslobbygruppen ab.**

### Demokratie in Gefahr

Die EU-Kommission verzichtet bei den Omnibus-Paketen größtenteils auf öffentliche Konsultationen und Folgenabschätzungen. Stattdessen finden unter Bezeichnungen wie „Reality Check“ Treffen mit ausgewählten Stakeholdern statt. Diese Treffen werden von der EU-Kommission jedoch nicht transparent gemacht. Die Öffentlichkeit erfährt somit nicht, wer daran teilnimmt und Einfluss ausübt. Auch der Jahresbericht der EU-Kommission („Überblicksbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung“) enthält keine Aufschlüsselung. Es hat sich allerdings gezeigt, dass Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft gegenüber Unternehmen beziehungsweise Unternehmensverbänden deutlich unterrepräsentiert sind.

Die EU-Ombudsfrau Teresa Anjinho hat im Herbst 2025 eine Untersuchung durchgeführt und sieht aufgrund der Vorgehensweise der EU-Kommission einen Verwaltungsmissstand: Der Vorschlag zur Verwässerung des Lieferkettengesetzes und der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Omnibus I) war ohne öffentliche Konsultation und Folgenabschätzung präsentiert worden. Die EU-Kommission habe ihre Vorgehensweise nicht ausreichend begründet und dabei gegen ihre eigenen „Better Regulation“-Leitlinien verstoßen. Die EU-Ombudsfrau bemängelte unter anderem, dass die fachlich zuständigen Abteilungen der EU-Kommission den Vorschlag an einem Wochenende mit einer Frist von weniger als 24 Stunden zur Begutachtung erhalten hatten. Die von der EU-Kommission vorgebrachte Dring-

Weltweit wird  
aktuell jede Minute  
eine Waldfläche  
in der Größe von  
18 Fußballfeldern  
zerstört.



Ein Bündnis aus ÖGB, AK, Anders Handeln, Attac, Epicenter Works, Global 2000, Greenpeace und Netzwerk Soziale Verantwortung hat anlässlich des EU-Gipfels im März 2026 einen offenen Brief mit folgenden Kernbotschaften an Bundeskanzler Stocker gesendet:

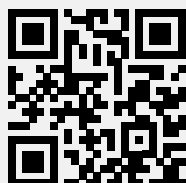
**JA zum Erhalt wichtiger Regelungen zum Schutz von Menschen und Umwelt**

**JA zu öffentlichen Investitionen in die soziale und ökologische Transformation**, hochwertige Arbeitsplätze, digitale Souveränität und energiepolitische Unabhängigkeit!

**NEIN zu Omnibus-Paketen!**

**NEIN zum privilegierten Zugang von Unternehmensverbänden und Wirtschaftslobbygruppen im EU-Gesetzgebungsprozess!**

Weitere Informationen unter:  
[www.kettensaege-stoppen.at](http://www.kettensaege-stoppen.at)



© Getty Images

lichkeit war aus Sicht der Ombudsfrau nicht nachvollziehbar.

Statt auf die von der Ombudsfrau beklagten Mängel einzugehen, veröffentlichte die EU-Kommission am 28.

**Als Antwort auf die aktuellen Herausforderungen braucht es eine Investitionsoffensive.**

April 2026 eine Mitteilung, in der sie die Überarbeitung der „Better Regulation“-Leitlinien ankündigt. Änderungen im Hinblick auf Dringlichkeitsverfahren und „fokussierte“ Folgenabschätzungen werden darin in Aussicht gestellt. Isabelle Schömann, stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, kommentiert dies wie folgt: „Die Kommission institutionalisiert damit genau jene Praktiken, die zur Feststellung von Verwaltungsmissständen geführt haben – das ist keine Lösung! Politikgestaltung muss sich an den Interessen der Menschen orientieren, nicht an den Prioritäten der Unternehmen.“

Mit ihrem einseitigen Fokus auf die Forderungen der Unternehmenslobby reagiert die EU-Kommission nicht angemessen auf die Vielfachkrise. Die Plattform „Kettensäge stoppen“ weist auf die Gefahren blinder Deregulierung hin und stößt eine Debatte über Alternativen an. Der soziale und ökologische Umbau der Wirtschaft in Europa erfordert eine Investitionsoffensive für hochwertige Arbeitsplätze und einen gerechten Übergang. Die europäischen Schutzregeln für Menschen und die Umwelt dürfen nicht abgeschwächt, sondern müssen weiterentwickelt werden. □

# Energiearmut in Österreich

Eine neue Studie der Arbeiterkammer zeigt die Vielschichtigkeit eines bislang zu wenig beachteten Problems. Von FRANK JÖDICKE



**Frank Jödicke**  
ist freier Journalist und arbeitet als koordinierender Redakteur für die *Wirtschaft & Umwelt*.

© Lydia Müller

**W**ie fühlt sich Armut eigentlich an? Das ist eine Frage, die vielen Menschen unangenehm ist. Deshalb wird Armut häufig versteckt. Umso wichtiger ist es, Armutsphänomene wissenschaftlich zu erfassen, um gesellschaftspolitisch herauszuarbeiten, wo der Schuh drückt, und passende Hilfsangebote bereitstellen zu können. Ein bisher zu wenig erfasster Faktor ist die Energiearmut. Wenn sich eine Familie das Beheizen ihrer Wohnung beispielsweise nicht mehr leisten kann oder Zahlungsrückstände bei den Stromkosten dazu führen, dass abends das Licht ausgeht, dann spricht man von „Energiearmut“. Haushalte, in denen auf die notwendige Energie zum Bestehen des Alltags verzichtet werden muss, gelten als „energiearm“.

Hier spielen viele Faktoren zusammen: niedrige Einkommen, hohe Energiekosten und geringe Energieeffizienz. Wichtig ist zunächst festzuhalten, dass die Betroffenen meist keinen oder nur sehr geringen Einfluss auf diese Faktoren haben. Wer einen schlecht entlohnten Beruf hat, kann daran auf die Schnelle nicht viel ändern. Auf die Höhe der von internationalen Energiemärkten abhängigen Energiekosten haben Verbraucher:innen ebenfalls keinen Einfluss. Weil die meisten von Energiearmut betroffenen Menschen zur Miete wohnen, haben sie auch kaum Möglichkeiten, die Energieeffizienz ihrer Wohnung zu steigern. Maßnahmen sind hier mit hohen Errichtungskosten verbunden und können aufgrund des Mietverhältnisses meist gar nicht umgesetzt werden, da Mieter:innen nicht darüber entscheiden dürfen, ob und was thermisch saniert wird. Nimmt man all diese Einflussfaktoren zusammen, waren im Jahr 2024 12,5 Prozent der Haushalte in Österreich als energiearm anzusehen. Durch die sich verschärfenden weltpolitischen Krisen wird dieser Prozentsatz wohl gerade höher.

## Kurzgefasst

Um ein umfassendes und genaues Bild der Armutsgefährdung zu gewinnen, ist die Untersuchung der Energiearmut ein wichtiges Instrument. Genau dies leistet eine neue Studie der Arbeiterkammer. Sie schlüsselt nach demografischen, regionalen und energieverbrauchsrelevanten Indikatoren auf, warum Haushalte in Österreich als energiearm gelten, und zeigt die Vielschichtigkeit des Phänomens auf.

## Wie Energiearmut messen?

Die Wissenschaft steht somit vor der Aufgabe, Energiearmut zu messen. Die Leiterin der Stabsstelle Analyse der Statistik Austria, Alexandra Wegscheider-Pichler, berechnet bereits seit längerem Indikatoren für die Messung von Energiearmut. Was bisher allerdings fehlte: eine Zusammenschau aller Einflussfaktoren auf Energiearmut.

Es gibt insgesamt vier Indikatoren, also Werte, die anzeigen, ob Energiearmut vorliegt. Der erste Einzelindikator (E1) „Hohe Energiekosten“ trifft zwar grundsätzlich alle Haushalte, ist für vermögendere Haushalte allerdings weitgehend unerheblich. Hierin kann bereits eine nicht unbedeutende Ungerechtigkeit erkannt werden. Während für den vermögenden Teil der Gesellschaft hohe Energiekosten ärgerlich sind, bedeuten sie für den von Armut gefährdeten Teil existenzielle Not.

Auch der Einzelindikator (E4) „Schlechte Wohnverhältnisse“ muss genauer betrachtet werden. Denn wer in einem schlecht isolierten Haus mit möglicherweise schadhaftem Dach wohnt, ist nur potenziell von Energiearmut betroffen. Wenn das Haushaltseinkommen hoch genug ist, dann werden die höheren Energiekosten schlicht bezahlt, ohne dass es zu Einschränkungen im Lebensstil kommt – oder man zieht einfach um. Erst wenn zu den schlechten Wohnverhältnissen eine Armutsgefährdung hinzukommt und damit der Handlungsspielraum eingeschränkt ist, muss von Energiearmut gesprochen werden.

Die Einzelindikatoren „Energievermeidung aufgrund Nicht-Leistbarkeit“ (E2) und „Zahlungsrückstände bei Strom- und Heizkosten“ (E3) können jedoch auch bei nicht armutsgefährdeten Haushalten zu Energiearmut führen. Denn es kann den Fall geben, dass Haushalte aufgrund ungewöhn-

**Energiearmut betrifft 12,5 Prozent der Haushalte in Österreich:** Energieverbrauchsrelevante, demografische und regionale Merkmale von energiearmen Haushalten in Österreich.



**20,9%**  
Wien:  
mehr als 2 Mio.  
Einwohner:innen



**9,1%**  
Gemeinden  
kleiner als 10.000  
Einwohner:innen

Gemeindegröße



**10,5%**  
Männlicher  
Hauptverdiener



**15,5%**  
Weibliche  
Hauptverdienerin

Geschlecht des Hauptverdienenden



**16,1%**  
10 oder mehr  
Wohnungen



**8,7%**  
1 oder 2  
Wohnungen

Anzahl der Wohnungen im Gebäude



**18,8%**  
bis 1960  
errichtet



**6,3%**  
ab 2000  
errichtet

Alter des Gebäudes



**7,2%**  
Eigentum



**17,3%**  
Miete

Rechtsverhältnis an der Wohnung

lich hoher Energieausgaben und daraus entstehender Zahlungsrückstände in Energiearmut rutschen. Auch durch Energievermeidung kann eine mögliche Energiearmutsgefährdung kaschiert werden: Man sitzt im Winter in der kalten Wohnung und friert, um ja keine Nachzahlung bei der nächsten Energierechnung zu haben.

**Betrachtet man nur die armutsgefährdeten Haushalte, ist fast jeder zweite armutsgefährdete Haushalt auch von Energiearmut betroffen (45,8 Prozent).**

**Link**

Alexandra  
Wegscheider-Pichler  
**Energiearmut in  
Österreich 2026**  
Ein neuer Gesamtindikator nach soziodemografischen Merkmalen.

Abrufen unter:  
[https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/klimadialog/Energiearmut\\_in\\_Oesterreich\\_2026.pdf](https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/klimadialog/Energiearmut_in_Oesterreich_2026.pdf)



Umgekehrt können Familien trotzdem als armutsgefährdet gelten, wenn sie zwar in gut gedämmten Gebäuden mit günstigem Heizsystem wohnen und damit nicht von Energiearmut betroffen sind, aber zu wenig Einkommen haben, um ihr Leben zu bestreiten. Es zeigt sich daher klar: Wenn Energiearmut als Teil von Armutsgefährdung bekämpft werden soll, braucht es sowohl energiepolitische Maßnahmen, die beispielsweise eine bessere Energieeffizienz der Wohnungen ermöglichen, als auch zugleich sozialpolitische Maßnahmen zur Einkommensunterstützung.

**Einkommensarmut als ein Teil von Energiearmut**

Der Blick auf die Energiearmut zeichnet ein präzises Bild österreichischer Armutsgefährdung.

Bei den sozioökonomischen Merkmalen zeigt sich, dass in 42,1 Prozent der von Energiearmut betroffenen Haushalte zumindest eine Person mit Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert ist oder bei 38,8 Prozent eine Abhängigkeit von Sozialleistungen besteht. Ebenso betroffen sind 41 Prozent der „Working Poor“, also Personen, die mit ihrem geringen Arbeitslohn kaum wirtschaftlich auskommen. Die demografischen Merkmale belegen, dass Einpersonenhaushalte, Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr Kindern bei Energiearmut hervorstechen – das zeigt auch gleichzeitig die besondere Betroffenheit von Frauen. Die regionalen Merkmale veranschaulichen, dass Energiearmut vor allem städtisch ist und eher in den dicht besiedelten Gebieten mit mehrgeschoßigem Wohnbau auftritt. □



## Irreführung verbieten?

**Recht** Werbung informiert nicht nur, sondern beeinflusst auch gezielt Konsumentscheidungen. Besonders klimaschädliche Produkte wie Autos oder fossile Energie werden daher oft gezielt in ein positives Licht gerückt. Das in der Reihe „Schriften zum Umweltrecht“ erschienene Buch analysiert aus juristischer Perspektive mögliche Regulierungen für klimaschädliche Werbung und bleibt dabei auch für Laien verständlich. Es werden bestehende Regulierungen wie die Energieverbrauchskennzeichnung und deren tatsächliche Wirkung auf Konsument:innen diskutiert. Besonders spannend ist der Abschnitt zu einem möglichen Werbeverbot für fossile Brennstoffe, analog zur Tabakwerbung. Der Autor beleuchtet rechtliche Rahmenbedingungen und die Wirksamkeit solcher Maßnahmen. Trotz des Fokus auf Deutschland sind die Erkenntnisse aufgrund des EU-Rechts auch für Österreich relevant. Eine fundierte und zugängliche Analyse für umweltpolitisch Interessierte. **NINA BIRKNER-TRÖGER**

**Regulierung der Werbung als Instrument des Klimaschutzes**  
**Jeremy Heeck**  
 Duncker & Humblot (2026)

## Tax the Rich

**Fairness** In Zeiten von Sparbudgets und Energiekrise wird uns immer deutlicher vor Augen geführt, wie dringend die Reichsten der Gesellschaft endlich stärker steuerlich herangezogen werden müssen. Der französische Ökonom Gabriel Zucman bringt sein neues Buch zur richtigen Zeit in die Debatte. Auf 63 Seiten schildert er anschaulich Schritt für Schritt, wieso bisherige Versuche einer Besteuerung der Reichen gescheitert sind, und widerlegt überzeugend die gängigsten Gegenargumente und Befürchtungen. Diese prägen bis heute die Debatte und zeichnen ein völlig verfälschtes Bild der Realität. Zucmans Vorschlag: Ab 100 Millionen Euro Vermögensbesitz fallen zwei Prozent jährliche Mindeststeuer an. Bei einer in diesem Vermögensbereich üblichen Rendite von sechs Prozent würde dies lediglich zu einer Verlangsamung der wachsenden Vermögensungleichheit führen. Auch wenn bei der Besteuerung noch viel Luft nach oben besteht, liefert das Buch doch einen guten Anker für die Einführung von Erbschafts- und Vermögenssteuern. **MK**

**Reichensteuer – Aber richtig!**  
**Gabriel Zucman**  
 Suhrkamp (2026)

## Our Future is Public

**Veranstaltungstipp** Der 23. Juni ist der Internationale Tag der Daseinsvorsorge. An diesem Tag werden die Akteur:innen der Daseinsvorsorge endlich einmal vor den Vorhang geholt. Daseinsvorsorge entscheidet darüber, ob Wohnen, Mobilität, Energie, Bildung, Gesundheit und Pflege für alle Menschen verlässlich zugänglich bleiben. Sie ist somit Grundlage für soziale Sicherheit, Teilhabe und die Lebensqualität in Österreich. In ganz Europa haben die multiplen Krisen die Lebenshaltungskosten der Haushalte erhöht und öffentliche Budgets vor große Herausforderungen gestellt. Umso wichtiger ist die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum, der auch ökologische Ziele wie Energieeffizienz, Wärmedämmung und den Ausstieg aus Gas und Öl ermöglicht sowie gut an den öffentlichen Verkehr angebunden ist. Städte, Gemeinden und gemeinnützige Wohnbauträger sind dabei gefordert: Sie schaffen die Voraussetzungen für Wohnraum, der auch unter steigenden Kosten, den geplanten CO<sub>2</sub>-Einsparungen und mit Blick auf die Klimawandelanpassung dauerhaft leistbar und lebenswert bleibt. Auf der Veranstaltung diskutieren Expert:innen, wie sichergestellt werden kann, dass leistbares und klimaresilientes Wohnen für alle zugänglich bleibt. **SI**

**Budgetnot, Kostenexplosion, Klimakrise: Wie schafft der öffentliche Wohnbau Entlastung?**  
**22. Juni, 15 bis 18 Uhr**  
**FAKTory, Universitätsstraße 9**  
**1010 Wien**  
<https://dachverband.at/tag-der-daseinsvorsorge/>

## Zu guter Letzt: Hohe Kompetenz bestätigt!

Verkehrspilot:innen in Österreich wurden erstmals auf Level 6 des Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR) eingestuft. Damit stehen sie auf einer Stufe mit einem Bachelorabschluss und dies spiegelt die hohe fachliche und operative Kompetenz dieser Berufsgruppe wider. Durch die Einbindung weiterer Berufsgruppen im Bereich der Luftfahrt in den NQR sollen künftig auch deren Qualifikationen gewürdigt und die berufliche Weiterentwicklung gefördert werden. **DA**



## Eine ewige Gefahr?

**Gesundheitsschutz** PFAS-Chemikalien sind giftig und entwickeln sich zunehmend zu einem Umwelt- und Gesundheitsproblem. Sie gelangen in den Boden, sickern ins Grundwasser und belasten die menschliche Gesundheit. Sowohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) als auch die Europäische Chemikalienagentur stufen PFAS als problematisch ein und fordern Einschränkungen. Doch woher kommen diese „Ewigkeitschemikalien“? Die Journalistin Mariah Blake begibt sich auf Spurensuche und wird in den 1920er Jahren bei der US-Firma DuPont fündig. Sie spricht mit Historikern, Whistleblowern aus Behörden und wühlt sich durch Archive. Sie führt Interviews mit Betroffenen, deren Freund:innen und Verwandte durch PFAS-kontaminiertes Trinkwasser an Krebs gestorben sind. Nach achtjähriger Recherche für dieses Buch kommt Blake zu dem Schluss, dass die Menschen in den USA zu Versuchskaninchen in einem riskanten chemischen Großexperiment wurden. Ein spannendes Buch, das aufzeigt, wie die chemische Industrie über Jahre hinweg daran arbeitete, die Gesundheits- und Umweltprobleme von PFAS zu verschleiern und auch Gesundheitsbehörden zu täuschen. Ein Aufweckruf für die Politik, mehr für ein Verbot von PFAS-Chemikalien zu tun. **SI**

**Die Vergiftung der Welt**  
Mariah Blake  
Oekom (2026)



## Als noch alle Hacker waren

**Counterculture** In den mutigen und wildbewegten 1960er Jahren wollte der studierte Biologe Stewart Brand mit-helfen, eine neue Gesellschaft in den USA aufzubauen. Zu diesem Zweck verfasste er den voluminösen „Whole Earth Catalog“, von dem Steve Jobs später sagen sollte, er sei die Erfindung von Google gewesen. In diesem Werk steht „alles“ drin: wie man Bienen hält oder wie man sich eine Gitarre baut. In der späten Reife seines Reflektierens fiel Brand auf, dass die Grundstruktur allen Lebens „Maintenance“, also Instandhaltung, ist. Pflanzen und Tiere sind ständig um die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage bemüht. Wenn man der Natur die Kreislaufwirtschaft nicht groß erklären muss, warum sind wir Menschen dann so schlecht darin? Ein Grund liegt darin, dass die Industrie uns nicht lässt. Frühe Autos wie das Modell T von Ford waren „Plattformen“, sie konnten leicht gewartet, repariert und sogar erweitert werden. Heute werden Maschinen abgeschlossen und gegen Zugriff „geschützt“. Hacken, also Abändern, ist verboten und damit auch Reparaturen und Instandhaltung. Nichts könnte falscher sein auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Leben. Das Buch des Erzhippies Brand ist eine kluge und entschiedene Aufforderung, über einige der (falschen) Grundlagen unserer Gesellschaft nachzudenken. **FJ**

**Maintenance: Of Everything, Part One**  
Stewart Brand  
Stripe Press (2026)  
In englischer Sprache

## Vor 30 Jahren



**Stadt & Umwelt** „Umwelt in der Stadt: Das ist oft nur ein kleines Stück Park, das manche Anwohner sogar liebevoll pflegen. Den Großteil des öffentlichen Raums hat derzeit der Autoverkehr in Beschlag genommen. Wer sich's leisten kann, zieht deshalb hinaus an den Stadtrand oder ins Umland. Und das führt erst recht zu Umweltproblemen: Der Autoverkehr nimmt noch mehr zu. Und das Umland leidet unter Zersiedelung.“

## Vor 15 Jahren



**Energie-Zukunft** „Einfache Lösungen sind super. [...] Biomasse für Tank und Ofen wächst nach und ist auch regional verfügbar: wenn das nicht der Königsweg ist? Nur leider nimmt dieser Weg Millionen Hungernden das Essen vom Teller und sorgt für die Umgestaltung von chaotischen Regenwäldern in aufgeräumte Palmölplantagen. Wenn einem das wurscht ist, dann passt das jetzt. Wenn nicht, müssen wir ‚einfach‘ weitersuchen.“

## Sind Lkw-Fahrverbote zu Ferienreisezeiten sinnvoll?

### PRO

**Lkw-Fahrverbote sind notwendig.** Österreich ist ein Transitland und besonders von den europäischen Binnenmarktfreiheiten im Güterverkehr betroffen. Seit der Jahrtausendwende hat sich der Güterverkehr auf Österreichs Straßen mehr als verdoppelt. Vor allem in engen Alpentälern stößt der freie Warenverkehr zunehmend an seine natürlichen Grenzen. Die Hauptleidtragenden sind Anrainer:innen sowie Urlauber:innen während der Ferienzeiten.

**Lkw-Fahrverbote erhöhen die Verkehrssicherheit und entlasten Mensch und Umwelt – insbesondere an stark frequentierten Reisetagen.**

Fahrverbote für Lkw an stark belasteten Reisetagen sind daher unerlässlich. Noch zielführender wäre die Wiedereinführung

der Ferienreiseverordnung, die im Jahr 2004 abgeschafft wurde, obwohl Studien eine flüssigere Verkehrsabwicklung und sinkende Unfallzahlen belegten. Genau diese Effekte sind der Zweck einer solchen Regelung. Entscheidend ist: Es geht nicht primär um Stauvermeidung, sondern um das Zusammentreffen von dichtem Pkw-Ferienverkehr und Gütertransport. Unterschiedliche Geschwindigkeiten, eine hohe Verkehrsdichte und ein erhöhtes Risiko von Auffahrunfällen verschärfen die Situation zusätzlich. Fahrverbote reduzieren diese Gefahren gezielt. Auch wenn Transporte zeitlich verlagert werden, ist genau diese Entzerrung entscheidend, um Verkehrsspitzen zu vermeiden. Zugleich entlasten Fahrverbote Umwelt und Gesundheit: Weniger Lkw-Verkehr senkt die Belastung durch Stickoxide und Feinstaub spürbar.

Derzeit müssen Fahrverbote jährlich neu verordnet werden – ein vermeidbarer Verwaltungsaufwand ohne erkennbaren Mehrwert. Sinnvoll wäre ein mehrjähriger, einheitlicher Fahrverbotskalender, der Planungssicherheit schafft und die Verwaltung entlastet.

**Lisa Weinberger** arbeitet in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der AK Wien zu den Themen Verkehrsrecht und Gerechtigkeit auf der Straße.

© Lisi Specht



### CON

**Die Verkehrswirtschaft bekennt sich dazu, den Verkehr flüssiger und sicherer zu machen.** Bei den Lkw-Fahrverboten während der Ferienzeiten im Winter und Sommer richtet sich unsere Kritik insbesondere gegen deren starre Ausgestaltung. Die Vorverlegung des Beginns von Wochenendfahrverboten am frühen Samstagmorgen erschwert betriebliche Abläufe. Lkw-Fahrten werden nicht aufgehoben, sondern müssen in erlaubte Zeitfenster verschoben werden.

Statistisch gesehen ist der Einfluss des Lkw-Verkehrs auf das Staugeschehen nicht relevant. In das Unfallgeschehen auf Transitrouten sind Lkw ohnehin seltener involviert. Daher ist auch die Verkehrssicherheit kein fundiertes Argument für ein Verbot, da die Fahrverbote keine positiven Auswirkungen auf diese

**Die Politik will durch Fahrverbote einen flüssigeren Reiseverkehr, sie bremst jedoch beim „Nacht-80er“, der den Lkw-Verkehr flüssiger in den Verkehr integriert.**

haben. Zudem erreichen die Lkw-Fahrverbote auf Basis des Immissionsschutzgesetzes Luft (IG-L) und der Straßenverkehrsordnung (StVO) mittlerweile eine erhebliche Unübersichtlichkeit. Frächter:innen müssen über den Brenner in Tirol (A12, A13) derzeit neben dem österreichweiten Wochenendfahrverbot weitere zwei bis drei Dutzend Fahrverbote beachten, die an Reise-Samstagen, Feiertagen in Deutschland und Italien sowie wegen der Baustelle Luegbrücke gelten. Hinzu kommen noch Luftreinhalte-Fahrverbote wie das Tiroler Nachtfahrverbot und das sektorale Fahrverbot.

Die Politik sollte helfen, den Verkehr flüssiger zu gestalten und Lieferketten zu beschleunigen, indem sie gestattet, dass Lkw auf unseren Autobahnen in der Nacht mit 80 km/h unterwegs sein dürfen.

**Stefan Ebner** ist stellvertretender Geschäftsführer der Bundessparte Transport und Verkehr der Wirtschaftskammer Österreich.

© efa-eu.com





# Gesellschaftskritische Wissenschaft

## Verkehr und Infrastruktur

Die Studien zu **Verkehr und Infrastruktur** können hier abgerufen werden: [wien.arbeiterkammer.at/verkehrsstudien](http://wien.arbeiterkammer.at/verkehrsstudien)



- 70 Rechtsqualität der Auslegungseitlinien der Kommission zur PSO-Verordnung** – Rechtswissenschaftliches Fachgutachten Konrad Lachmayer, Jean-Philippe Derosier, 2023
- 71a Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen** Raffaella Neustifter, Hatun Atasayar, Florian Schneider, Aggelos Soteropoulos, 2024
- 71b Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen** – Auswirkungen auf CO<sub>2</sub>, Lärm und externe Kosten Konstantin Weller, Stefan Hausberger, Heinz Steven, 2024
- 72 Buslenker:innen am Limit** – Möglichkeiten der Jobattraktivierung aus Sicht der Beschäftigten in der privaten Autobusbranche in Österreich Emma Dowling, Elina Hettich, Max Knapp, Leon Romauch, 2024
- 73 Mobilitätswende produzieren** – Produktionsbedingungen der österreichischen Bahnindustrie und industrielle Potenziale durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs Lukas Cserjan, Julia Eder, Anna Hornykewycz, Laura Porak, Stephan Pühringer, 2025

## Informationen zur Umweltpolitik

Die **Informationen zur Umweltpolitik** können hier abgerufen werden: [wien.arbeiterkammer.at/umweltpolitikstudien](http://wien.arbeiterkammer.at/umweltpolitikstudien)



- 204 Recht auf Natur – Freier Zugang zur Natur** Michael Ganner, Samantha Karoline Pechtl, Wolfgang Stock, Karl Weber, 2022
- 205 Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw** – Wie sauber sind Lkw tatsächlich? A. Friedrich, S. Annen, R. Helmerich, 2022
- 206 Rechtliche Lücken in der mobilitätsbezogenen Klimaschutzpolitik** Anlassfall Lobautunnel-Entscheid Werner Hochreiter, 2022
- 207 Dieselskandal – Ein Update** Auswirkungen der Abgasmanipulationen bei Dieselaautos in Österreich Lydia Ninz, Alexander Holzleitner, 2023
- 208 New genetic engineering – Possible unintended effects** Michael Eckerstorfer, Andreas Heissenberger, 2023
- 209 Daseinsvorsorge 2030** Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen Michael Getzner, Dragana Damjanovic, Emma Dowling, Hannah Lucia Müller, Leonhard Plank, Alexandra Strickner, Charlotte Damböck, Pauline Evers, Anna Franziska Kalhorn, Tim Pöchhacker, 2024
- 210 Lernen für den Wandel: Auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Nachhaltigkeitsstrategie im sozial-ökologischen Umbau** Emma Dowling, Jessica Angioni, Lukas Stani, 2023

Die Publikationen können unter [studienUV@akwien.at](mailto:studienUV@akwien.at) auch als Hardcopy bestellt werden.

## Lesen Sie gerne?

**Ja!**

Interessieren Sie sich für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft?

**Ja, aber mir fehlt in anderen Medien oft die Perspektive der Arbeitnehmer:innen.**

Dann abonnieren Sie unseren Newsletter, die **Arbeit&Wirtschaft Abendpost**, und erhalten Sie jeden Mittwoch unsere aktuellsten Beiträge.

**Nein!**

Keine Sorge! Auf dem Instagram-Account des Magazins Arbeit&Wirtschaft (@aundwmagazin) gibt es Videos.

**Na klar! Ich glaube fest daran, dass der freie Markt schon alles richten wird.**

Dann ist Ihnen nicht mehr zu helfen.

**Nein, viel zu kompliziert!**

Stimmt nicht! Wir brechen die Inhalte so runter, dass sie alle verstehen.

## Arbeit&Wirtschaft Magazin

Wirtschaft & Umwelt  
Sekretariat: 01/501 65 12404  
E-Mail: [wirtschaft.umwelt@akwien.at](mailto:wirtschaft.umwelt@akwien.at)  
[www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

Österreichische Post AG  
MZ 02Z034642 M  
Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien

# WAS, WENN #RedenWir ARBEIT FAIR über faire Teilzeit WÄRE?

1,4 Millionen Menschen arbeiten in Österreich Teilzeit.  
Viele leisten regelmäßig mehr Stunden als vereinbart –  
ohne entsprechende Bezahlung.  
Die AK steht für faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.



**Jetzt Petition  
unterschreiben!**  
[mitmachen.ak.at](http://mitmachen.ak.at)



**GERECHTIGKEIT MUSS SEIN**